



## Die Klima-Lüge

Warum die Atom-Lobby auf Klimakonferenzen steht  
– und Atomkraft dem Klima mehr schadet als nützt.

Schwerpunkt Seite 6–11

**Ausbau der Brennelementefabrik Lingen  
und Einstieg von Rosatom VERHINDERN!  
Sammeleinwendung JETZT unterschreiben  
Frist: 20. Februar**

### Gewonnen

Hartnäckiger Protest verhindert  
das Atommüll-Zentrum Würiggassen

Seite 14

### Gescheitert

Kostenexplosion bringt bedeutendes  
SMR-Projekt in den USA zu Fall

Seite 10/11

### Gerettet

Wie Atomkraftgegner\*innen in Japan den  
nächsten Super-GAU verhindert haben

Seite 18/19

# Inhalt

## 3 Editorial

## 4 Anti-Atom-Meldungen

## 6 Schaumschläger des Scheinriesen

**Einleitung** | Falsche Prognosen und großspurige Ankündigungen verzerren das Bild von Atomkraft und ihrer Bedeutung. Dahinter steckt Absicht – es geht um unser Geld. Der wahre Riese aber, der uns aus der Klimakrise führen kann, sind die erneuerbaren Energien

## 8 Atomkraft schadet dem Klima

**Hintergrund** | Die Bekämpfung der Klimakrise ist so dringend, dass wir uns auf die Mittel konzentrieren müssen, die möglichst schnell möglichst viel bewirken können. Schon deshalb fällt Atomkraft raus

## 10 Die Illusionsmaschine

**Hintergrund** | „Small Modular Reactors“ sind die Seifenblasen der Atomkraft: bunt schillernde Projektionsflächen, dahinter ziemlich viel Luft. Die ernstzunehmendste der Blasen ist jetzt geplatzt

## 12 Der Elefant im Raum

**Hintergrund** | Die Brennelemente-Fabrik Lingen will ihre Produktion erweitern, die Unterlagen dazu liegen aus. Doch über die Rolle von Rosatom verlieren sie kein Wort

## 14 Erster Erfolg

**Analyse** | Das Atommüll-Zentrum Würzgassen, das die Einlagerung in „Schacht Konrad“ beschleunigen sollte, wird nicht gebaut: ein Erfolg des jahrelangen Protests. An „Konrad“ selbst hält die Politik weiter fest – noch

## 15 „Mengenmäßig reicht ‚Konrad‘ sowieso nicht aus“

**Interview** | Ursula Schönberger, AG Schacht Konrad

## 16 Grundlos getrieben

**Hintergrund** | Die Vorbereitungen für den Transport von 152 Castor-Behältern aus dem Jülicher Zwischenlager nach Ahaus laufen auf Hochtouren. Dabei müsste das Lager gar nicht geräumt werden

## 18 „Wir wären alle gefangen gewesen“

**Porträt** | Susumu Kitano hat das AKW Suzu mit verhindert und streitet mit einer Klärgemeinschaft für den Rückbau des AKW Shika. An Neujahr hätte es in beiden zum Super-GAU kommen können

## 20 Schneller in die Sackgasse?

**Hintergrund** | Wollen die zuständigen Behörden die Standortsuche für ein tiefengeologisches Atommüll-Lager abkürzen? Aussagen auf dem Zweiten Forum Endlagerung lassen aufhorchen

## 21 .ausgestrahlt-Shop

## 22 Rückblick

## 24 Atomkraft auf dem Abstellgleis

**Infografik** | Verglichen mit den Investitionen in erneuerbare Energien spielt Atomkraft nur eine marginale Rolle. Auch in dem Land, das als einziges noch nennenswert Atomkraftwerke baut: China

## Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen Atomkraftgegner\*innen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen.

Rund 3.700 Förder\*innen legen mit ihrer regelmäßigen kleinen oder großen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank!

[ausgestrahlt.de/foerdern](https://ausgestrahlt.de/foerdern)

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter .ausgestrahlt steckt ein derzeit 14-köpfiges Team von Angestellten und Ehrenamtlichen.

[ausgestrahlt.de/ueber-uns](https://ausgestrahlt.de/ueber-uns)

## .ausgestrahlt folgen

.ausgestrahlt-Kanäle gibt's auf



Der .ausgestrahlt-Newsletter informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen. [ausgestrahlt.de/newsletter](https://ausgestrahlt.de/newsletter)



Beim .ausgestrahlt-Podcast gibt's aktuelle Anti-Atom-Themen auf die Ohren. [ausgestrahlt.de/podcast](https://ausgestrahlt.de/podcast)



Dieses .ausgestrahlt-Magazin erscheint drei bis vier Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu. Möchtest Du es nicht mehr beziehen, freuen wir uns über einen Hinweis. [ausgestrahlt.de/magazin](https://ausgestrahlt.de/magazin)

## Impressum

.ausgestrahlt

Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg  
[info@ausgestrahlt.de](mailto:info@ausgestrahlt.de)  
[ausgestrahlt.de](https://ausgestrahlt.de)

**Redaktion:** Anna Stender, Armin Simon

**Mitarbeit:** Carolin Franta, Helge Bauer, Julian Bothe, Jürgen Rieger, Michael Spohn, Miriam Tornieporth, Sarah Lahl, Sophia Hansen, Yu Kajikawa

**Gestaltung:** Holger M. Müller ([holgermmueller.de](https://holgermmueller.de)); Entwurf:

Marika Hausteine, Markus von Fehrn-Stender

**Druck:** Vettters, Radeburg, auf Recyclingpapier

**Auflage:** 20.500

**V.i.S.d.P.:** Armin Simon

## Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.

IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00  
BIC: GENODEM1GLS GLS Bank

Spenden sind steuerlich absetzbar.





Fotos: Lars Hoff

20. Januar: Protest gegen den beantragten Ausbau der Atomfabrik Lingen und den Einstieg von Rosatom in die Brennelementefertigung dort

# Mit Protest zum Erfolg

Liebe Leser\*in,

wer hätte gedacht, dass wir 2023 neben dem Aus für die letzten AKW in Deutschland noch einen weiteren großen Erfolg verbuchen können: Das gigantische Atommüll-Zentrum in Würgassen, das mitten ins Überflutungsgebiet der Weser betoniert werden sollte, ist endgültig vom Tisch. Vier Jahre lang haben engagierte Bürger\*innen und Initiativen vor Ort, unterstützt von Atomkraftgegner\*innen aus ganz Deutschland und Organisationen wie .ausgestrahlt gegen das Wahnsinnsprojekt protestiert, dann zog Bundesumweltministerin Steffi Lemke die Reißleine. Würgassen sollte vor allem den Fortbestand des umstrittenen „Endlager“-Projekts „Schacht Konrad“ schützen. Das Aus für Würgassen könnte daher auch für das ehemalige Eisenerzbergwerk in Salzgitter noch Konsequenzen haben – auch wenn dessen Ausbau zum Atommüll-Lager erst einmal weiterläuft (Seite 14/15).

Auf der anderen Seite treibt eine weltweite Pro-Atom-Koalition ihre Pläne weiter voran, öffentliche Gelder, insbesondere auch Klimaschutzmilliarden, für Atomprojekte loszueisen.

Atomkraft, will sie uns weismachen, sei ein bedeutendes und unverzichtbares Mittel, um die Klimakatastrophe zu verhindern. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Atomkraft ist zu mickrig, zu teuer und zu langsam für diese Herausforderung; das gilt für große wie für kleine Reaktoren. Zum Glück stehen uns andere, weitaus effektivere und günstigere Mittel zur Verfügung: die erneuerbaren Energien. Bei all dem medialen Getöse um Atomkraft geraten die realen Verhältnisse oft aus dem Blick. Die Seiten 6 bis 11 rücken sie ins Licht.

13 Jahre ist es her, dass ein Erdbeben im AKW Fukushima zum Super-GAU führte. An Neujahr bebte erneut die Erde in Japan. In zwei AKW hätte es zum nächsten Super-GAU kommen können – wenn nicht Atomkraftgegner\*innen wie Susumu Kitano den Bau und die Wiederinbetriebnahme der Reaktoren verhindert hätten. Auch seine Geschichte (Seite 18/19) zeigt: Anti-Atom-Protest ist wirksam – und bleibt weiter wichtig.

Das gilt auch in Deutschland. Etwa gegen die geplanten 152 Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus, die so überflüssig wie gefährlich

sind. Oder gegen den geplanten Einstieg des russischen Atomkonzerns Rosatom in die Brennelementefertigung in Lingen im Emsland. Dafür soll die dortige Atomfabrik ausgebaut werden. Bis Anfang März kann jede\*r dagegen Einwendungen dagegen erheben – mehr dazu auf Seite 12/13. Mach auch Du deutlich, dass Du mit diesem Projekt nicht einverstanden bist. Die Brennelementefabrik Lingen muss nicht ausgebaut, sondern geschlossen werden! Und einem dem Kreml unterstellten Staatskonzern den Zugang zu sensiblen Informationen über zahlreiche AKW in Europa zu erleichtern, ist keine gute Idee. Eine Sammeleinwendung haben wir diesem Magazin beigelegt. .ausgestrahlt wird sie öffentlichkeitswirksam und fristgerecht dem niedersächsischen Umweltministerium übergeben. Damit das klappt, sende bitte alle Einwendungen bis 20. Februar an .ausgestrahlt zurück! Würgassen soll nicht das letzte Atomprojekt gewesen sein, das wir gemeinsam stoppen.

Armin Simon  
und das ganze .ausgestrahlt-Team





Foto: gov.uk

Rissiges Atommüll-Lagerbecken B30, genannt „Dirty 30“, in Sellafield: „potenziell erhebliche Folgen“

## Cyberangriff auf Plutoniumfabrik Sellafield

Der Atomkomplex Sellafield an der britischen Westküste ist laut einer Guardian-Recherche von Hackergruppen mit Verbindungen nach Russland und China angegriffen worden. Ihnen sei es ab 2015 gelungen, „schlafende“ Schadprogramme in sicherheitsrelevante IT-Systeme einzuschleusen, die jederzeit „geweckt“ werden könnten. Sie hätten Zugang zu vertraulichsten Unterlagen gehabt. Leitende Mitarbeitende hätten die Angriffe konsequent vertuscht. Ob die Malware inzwischen vollständig entfernt werden konnte, ist unklar.

Sellafield beherbergt eine Reihe ziviler und militärischer Atomanlagen, unter anderem Reaktoren und Wiederaufarbeitungsanlagen, von denen eine auch Brennelemente aus deutschen AKW verarbeitet hat. 1957 kam es in dem damals noch Windscale genannten Komplex zu einem schweren Atomunfall. Hochradioaktive Abfälle roten in maroden Bassins vor sich hin. Nirgendwo auf der Welt lagert so viel Plutonium auf einem Fleck wie hier. Ein Unfall oder Angriff könnte weite Teile Europas kontaminieren.

Die Aufsichtsbehörde dementiert eine erfolgreiche Cyberattacke, räumt aber Defizite bei der IT-Sicherheit der Anlage sowie beim Zustand etwa der Atommüll-Becken ein. Anfang Januar kündigt der langjährige Sicherheitschef des Atomkomplexes an, seinen Posten zu räumen.

Q: <https://www.theguardian.com/business/series/nuclear-leaks>

## Strahlung gefährlicher als angenommen

Das Krebsrisiko durch radioaktive Strahlung ist deutlich größer als bisher angenommen. Zu diesem Ergebnis kommen Wissenschaftler\*innen nach einem umfassenden Update der Internationalen Nukleararbeiterstudie (INWORKS). Sie umfasst Daten von 310.000 Arbeiter\*innen aus der Atomindustrie in Frankreich, Großbritannien und den USA mit zusammen mehr als 10,7 Millionen Personenjahren. Laut der im *British Medical Journal* publizierten Auswertung erhöht eine Strahlendosis von 1 Gray die relative Sterblichkeit aufgrund von Tumorerkrankungen nach zehn Jahren im Schnitt um 52 Prozent. Das ist deutlich mehr, als in den Strahlenschutzempfehlungen bisher angenommen. Im Niedrigdosisbereich ist der Effekt sogar noch größer. Gerade das Krebsrisiko geringer Strahlendosen wird demnach bisher deutlich unterschätzt.

Q: <https://www.bmj.com/content/382/bmj-2022-074520>;  
<https://www.infospesber.ch/gesundheit/mehr-krebstote-als-erwartet-schon-bei-niedriger-strahlendosis/>



## Strompreiserhöhung dank AKW-Neubau

Zwei neue Reaktoren im AKW Vogtle im US-Bundesstaat Georgia ziehen die größte Strompreiserhöhung in der Geschichte des Bundesstaats nach sich. Der regionale Stromversorger Georgia Power will so die Kosten seiner Beteiligung an dem Atomprojekt wieder hereinholen: Statt 14 Milliarden Dollar verschlangen die Reaktoren am Ende 35 Milliarden Dollar. Die staatliche Regulierungsbehörde erlaubte Georgia Power jetzt, 7,6 Milliarden US-Dollar – drei Viertel seines Anteils an den Projektkosten – auf die Stromverbraucher\*innen abzuwälzen. Nur ein Viertel muss der Konzern selber tragen. Verbraucherschützer\*innen, Oppositionspolitiker\*innen und Atomkraftgegner\*innen kritisieren, dass der Atomstrom ein Vielfaches teurer komme als Strom aus Wind und Sonne.

Q: <https://www.macon.com/news/state/georgia/article282844433.html>



Foto: Southern Company

Neubau-AKW Vogtle-4

## Energiewende im Turbogang – statt AKW

Massiv unter Druck durch den stark steigenden Ölpreis, sucht das von Ölimporten abhängige Uruguay Mitte der Nullerjahre Alternativen. „Die einzige Lösung, die die Leute anboten, war, ein Atomkraftwerk zu installieren“, erinnert sich Ramón Méndez Galain. Doch der Atomphysiker, den der Präsident um Rat bittet, empfiehlt nach gründlicher Recherche erneuerbare Energien. „Das ist das günstigste“, erklärt er und nimmt als neuer Energie(wende)minister die Umsetzung des Plans in die Hand. 15 Jahre später ist in ganz Uruguay fast nur noch Ökostrom im Netz. 50.000 neue Energiewende-Jobs sind entstanden, das Land hat das höchste Bruttoinlandsprodukt des Kontinents, die Armutsrate ist von 40 auf 10 Prozent gesunken. Aktuell werden Busse, Taxen und Minicabs auf Elektroantrieb umgestellt.

Q: <https://www.theguardian.com/global-development/2023/dec/27/uruguays-green-power-revolution-rapid-shift-to-wind-shows-the-world-how-its-done>



Foto: Radimercial / iStockphotos

## Kleber im Reaktorkern

Als „Attacke“ bezeichnet der weißrussische Energieminister im Dezember einen Bericht der Nachrichtenagentur Bloomberg über Probleme im AKW Belarus bei Astravez. Er enthüllt, was der russische Staatskonzern Rosatom, der das AKW baut, bisher streng verschwiegen hat: dass in den Primärkreislauf von Astravez-2 eindringendes Harz die Inbetriebnahme des Reaktors um mehr als ein Jahr verzögert hat. Die klebrige Masse kann den Wärmeaustausch im Reaktorkern behindern, Schäden an Brennelementen, Steuer- und Regelstäben verursachen – kurz: Sie erhöht die Gefahr eines schweren Atomunfalls deutlich.

Reaktoren des Typs WWER-1200 sind auch in der Türkei, Ägypten, Ungarn und Bangladesch in Bau oder in Planung. Der Sprecher des russischen Präsidenten Putin höchstselbst unterstreicht, dass das Harz noch vor Inbetriebnahme des Reaktors entdeckt worden sei. Nach Erkenntnissen des litauischen Geheimdienstes – das AKW liegt nur 50 Kilometer von der litauischen Hauptstadt Vilnius entfernt – haben Rosatom und die weißrussischen Behörden Mängel beim Bau des AKW vertuscht. Der bereits 2020 ans Netz gegangene Reaktor Belarus-1 erreicht bisher nur eine Verfügbarkeit von 50 Prozent.

Q: <https://bellona.org/newsnuclear-issues/2023-12-bloomberg-article-with-comments-by-bellona-draws-sharp-reaction-from-kremlin>



Foto: Belemergo

AKW Belarus

## China stoppt Zahlungen für Hinkley Point C

Der staatliche chinesische Atomkonzern CGN schließt weitere Investitionen in das AKW Hinkley Point C in Großbritannien aus. Der französische Atomkonzern EDF, der die beiden Reaktoren vom Typ EPR mit CGN als Juniorpartner errichtet, müsste erhebliche Kostensteigerungen demnach allein tragen. EDF ist bereits mit mehr als 65 Milliarden Euro verschuldet. Inzwischen verhandelt die französische Regierung mit der britischen, „um die Umsetzung des britischen Atomprogramms zu gewährleisten, auch in Bezug auf die Finanzierung“. Hinkley Point C, das eigentlich schon Weihnachten 2017 Strom liefern sollte, wird frühestens Ende 2028 ans Netz gehen. Die britische Regierung hat für Bau und Betrieb des AKW bereits Einspeisevergütungen mit Inflationsausgleich, Stromabnahmeverträge, Kreditgarantien, Entschädigungszusagen und anderes im Wert von rund 100 Milliarden Euro zugesagt. Ein geplantes fast baugleiches AKW in Sizewell soll unter anderem über eine vorgezogene Atomkraft-Umlage auf den Strompreis finanziert werden.

Q: <https://www.klimareporter.de/strom/china-stoppt-geld-fuer-hinkley-point>  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Kernkraftwerk\\_Hinkley\\_Point](https://de.wikipedia.org/wiki/Kernkraftwerk_Hinkley_Point)



Foto: EDF

China macht den Deckel drauf. Die Finanzierung von Hinkley Point C hängt wieder in der Luft



# Schaumschläger des Scheinriesen

**Einleitung** | Falsche Prognosen und großspurige Ankündigungen verzerren das Bild von Atomkraft und ihrer Bedeutung. Dahinter steckt Absicht – es geht um unser Geld. Der wahre Riese aber, der uns aus der Klimakrise führen kann, sind die erneuerbaren Energien

Sie war sich bis auf die Nachkommastelle sicher: Atomkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 2.955,9 Gigawatt, das wären rund 3.000 Reaktoren, würden im Jahr 2017 in den USA laufen. Das prognostizierte die US-Atomenergiekommission AEC 1974, also vor 50 Jahren. Auf welche Annahmen auch immer sie sich dabei stützte – sie lag ziemlich daneben. Der Ausbau der Atomkraft kam in den USA schon vier Jahre nach der Prognose zum Erliegen. 2017 waren gerade einmal 95,6 Gigawatt Atomstrom am Netz, ein Dreißigstel der einst vorhergesagten Kapazität.

Auch in vielen Klimaszenarien, die heute publiziert werden, ist die Atomkraft scheinbar auf Expansionskurs. Ob Internationale Energieagentur (IEA/WEO), Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) oder Weltenergieerät (WEC): Überall finden sich Schaubilder, auf denen die Atomkraft-Linie in der Zukunft deutlich oder sogar steil nach oben zeigt. Das schlägt sich selbst in den Berichten des Weltklimarats (IPCC) nieder. Die Szenarien in dessen sechsten Sachstandsbericht sagen im Schnitt eine Vierfachung der Atomstromproduktion bis 2100 voraus. Es sind wohlgerne nur Annahmen, übernommene Prognosen, und keinesfalls Empfehlungen. Aber sie verfestigen ein Bild von einer Rolle und Bedeutung der Atomkraft, das genauso wenig real ist wie die Skizze, welche die AEC 1974 zeichnete.<sup>01</sup>

Tatsächlich, und diese Zahlen sind unstrittig, stagniert die weltweite Atomstromproduktion seit zwei Jahrzehnten. Ihr Anteil an der Stromerzeugung hat sich seit 1996 halbiert, von 18 auf

noch neun Prozent, Tendenz weiter fallend.<sup>02</sup> Der Beitrag der Atomkraft zum Weltenergieverbrauch liegt aktuell bei um die zwei Prozent.<sup>03</sup> Auch er sinkt seit Jahrzehnten.

## Zu mickrig, um das Klima zu retten

Der Scheinriese Atomkraft ist nur in fernen Prognosen groß. Betrachtet man ihn von Nahem, ist er ziemlich unbedeutend. Er lebt davon, dass seine Fans große Pläne verkünden, und das auf möglichst großer Bühne. So wie unlängst auf der Klimakonferenz COP28 in Dubai. Vertreter\*innen von zwei Dutzend Staaten kündigten da mit großem Tamtam und entsprechendem Presseecho an, sie wollten die weltweiten Atomkraftkapazitäten (Stand 2020) bis 2050 verdreifachen. Aber *oh là là*: Dafür müssten alle gut 400 derzeit laufenden Reaktoren weitere 30 Jahre am Netz bleiben – zuletzt gingen pro Jahr im Schnitt fünf außer Betrieb – und zugleich rund 800(!) weitere Reaktoren hinzukommen. Selbst ohne Abschaltungen wären das jedes Jahr rund 30 neue AKW und damit fünfmal so viel wie im Schnitt der letzten zehn Jahre. Das ist ziemlich unrealistisch. Doch vom Aufwand einmal abgesehen: Selbst wenn es gelänge, würde es den Atomkraft-Anteil an der Weltenergieproduktion nur um wenige Prozentpunkte erhöhen. Die Klimakatastrophe lässt sich so nicht stoppen.

In der Realität müht sich Frankreich, Wortführer der Pro-Atom-Allianz, seit mehr als 16 Jahren, auch nur einen einzigen neuen Reaktor (Flamanville-3) fertigzustellen und ans Netz zu bekommen. Schon heute ist der Fachkräfte-

- 01 DIW Wochenbericht 44/2023, „Energie- und Klimaszenarien gehen paradoxerweise von einem starken Ausbau der Atomenergie aus“.
- 02 World Nuclear Industry Status Report 2023, Abb. 2, „Nuclear Electricity Generation in the World ... and China“.
- 03 REN21, Renewables 2023 Global Status Report. Supply Data Pack, Fig. 2, 2023.
- 04 World Nuclear Industry Status Report 2023, United States Focus, „Securing Subsidies to Prevent Closures“.
- 05 ZDF heute, „Ökonomisch eine absolute Nullnummer“, Interview mit Prof. Sven Teske, 14.12.2023.
- 06 IEA, „Massive expansion of renewable power opens door to achieving global tripling goal set at COP28“, 2024.



mangel in der französischen Atombranche so groß, dass selbst Wartungen und Instandsetzungen der vorhandenen Reaktoren nur mit zum Teil monatelangen Verzögerungen erledigt werden können. Die britische Regierung, auch sie mit großen Atom-Plänen, schlägt sich aktuell mit massiven AKW-Ausfällen herum. Mitten im Winter sind sechs von neun Reaktoren außer Betrieb, der Großteil davon ungeplant. Mit Fertigstellung der beiden Reaktoren in Hinkley Point C, genehmigt 2013, ist frühestens Ende des Jahrzehnts zu rechnen – allerdings nur, wenn die weitere Finanzierung gesichert werden kann (siehe Seite 5). Und in den USA muss die Regierung Milliarden Dollar in die Hand nehmen, um auch nur ein paar längst abgeschriebene alte Reaktoren am Netz zu halten: Ohne Staatshilfen rechnet sich ihr Weiterbetrieb nicht mehr.<sup>04</sup> Den „Atomkraft verdreifachen“-Vorstoß von Dubai wertet der vom ZDF interviewte Energiewende-Experte Sven Teske, ehemaliger Leitautor eines IPCC-Teilberichts, denn auch als „Nullnummer“ und „ökonomisch absolut chancenlos“.<sup>05</sup>

### Der erneuerbare echte Riese

Im medialen Wirbel um die Atomkraft-Schaumschlägerei ging indes beinahe unter, worauf sich zeitgleich nicht bloß gut 20, sondern 180 Länder geeinigt haben: die Verdreifachung der Stromproduktion aus erneuerbare Energien, und zwar nicht binnen 30, sondern binnen sieben Jahren. Und das ist alles andere als unrealistisch. Weltweit gingen allein im vergangenen Jahr erneuerbare Energien mit einer Kapazität von 510 Gigawatt ans Netz, anderthalbmal so viel wie die gesamte installierte AKW-Kapazität weltweit.

Vor allem aber, und das verdeutlicht die Dynamik und Wucht des Erneuerbaren-Booms, ist der Zubau 2023 anderthalbmal so groß wie 2022.<sup>06</sup> Bei den Investitionsentscheidungen lagen die erneuerbaren Energien 2022 um Faktor zehn vor Atomkraft, Tendenz auch hier stark steigend. Die Investitionen in Atomkraft hingegen stagnieren seit Jahrzehnten (siehe Infografik Seite 24). Der Grund dafür ist simpel und alles andere als neu: Atomkraft rechnet sich nicht.

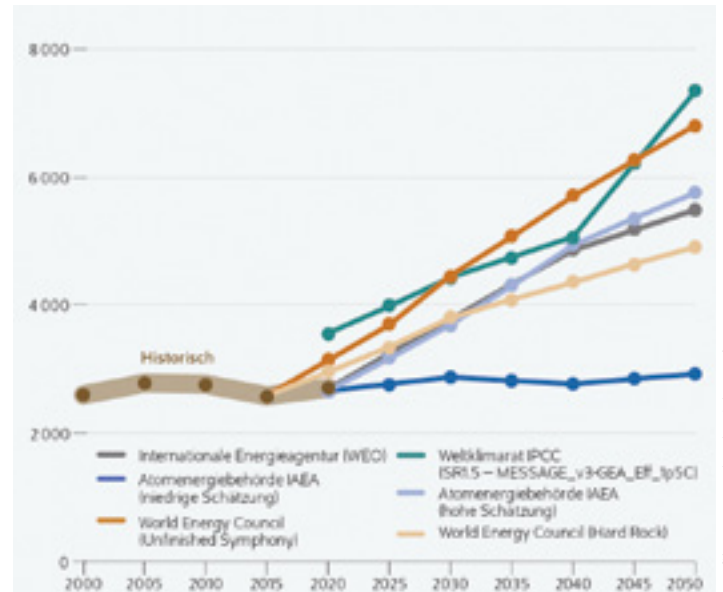
Keine einzige private Bank, erläutert Teske, stecke noch Geld in den Neubau von Atomkraftwerken. Wer AKW bauen wolle, müsse diese also staatlich finanzieren. Kein Wunder, dass die Atomlobby und die Regierungen, die weiter auf Atomkraft setzen, seit Jahren an allen Ecken und Enden dafür kämpfen, Atomkraft Zugang zum Kapitalmarkt und vor allem zu öffentlichen Geldtöpfen zu verschaffen. Die Behauptung, Atomkraft sei nützlich und wichtig im Kampf gegen die Klimakatastrophe – auch wenn das Gegenteil der Fall ist (siehe Seite 8/9) – soll dafür die Tür öffnen, die fortwährende Schaumschlägerei sie möglichst weit aufdrücken.

Einige Erfolge können die Atom-Fans schon verbuchen, von der Aufnahme der Atomkraft in die EU-Taxonomie für nachhaltige Investitionen über diverse atomkraftfreundliche Entscheidungen der EU zum Strommarkt, zum Net Zero Industry Act und zu grünem Wasserstoff bis hin zum jüngsten Versuch, alle möglichen EU-Töpfe für Subventionen zur Entwicklung sogenannter Small Modular Reactors (SMR) zu öffnen.

Am Ende könnten die Steuerzahler\*innen zig Milliarden für kostspielige neue AKW und absurde Minireaktor-Phantasien zahlen. Dafür bekommen wir, sollten wirklich Reaktoren gebaut werden: mehr Atom-Risiko (ja, es wird weitere Unfälle geben), mehr Atom Müll (um den wir uns und die nachfolgenden Generationen sich dann kümmern dürfen), ökonomisch, politisch und technisch schlechtere Bedingungen für erneuerbare Energien (also weniger sehr günstigen Strom). Vor allem aber wird es uns beim Kampf gegen die Klimakrise nichts nützen.

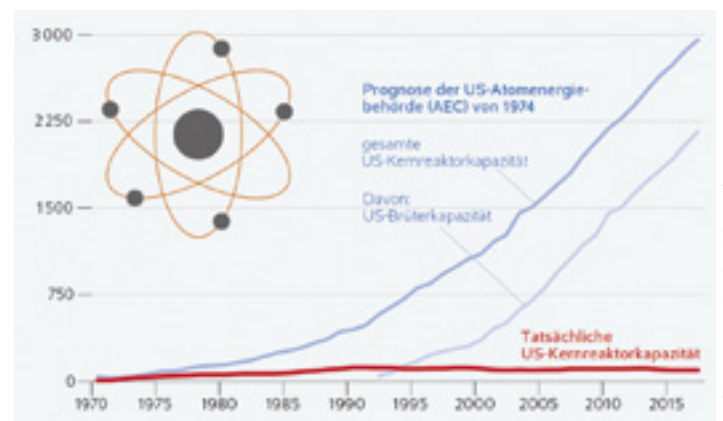
Armin Simon

### Entwicklung von Atomenergie in ausgewählten Klimaszenarien In Terawattstunden



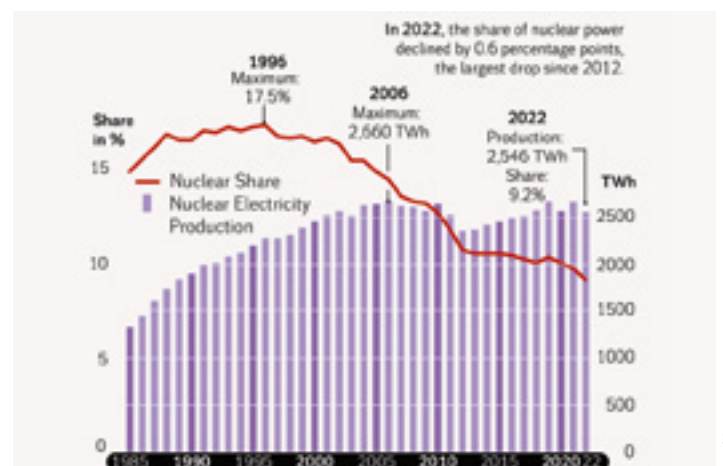
Grifik: DIW Wochenbericht 44/2023

### Erwartete und tatsächliche Entwicklung von Reaktorkapazitäten in den USA (1974) In Gigawatt



Grifik: DIW Wochenbericht 44/2023

### Consulting Nuclear Electricity Production 1985–2022 in the World...



Grifik: WNIISR 2023

# Atomkraft schadet dem Klima

**Hintergrund** | Die Bekämpfung der Klimakrise ist so dringend, dass wir uns auf die Mittel konzentrieren müssen, die möglichst schnell möglichst viel bewirken können. Schon deshalb fällt Atomkraft raus

## Atomkraft bremst den Klimaschutz aus

Atomkraft ist nicht nur die mit Abstand teuerste Form der Stromerzeugung. Auch die Kostenentwicklung spricht gegen sie: Denn während die Kosten der erneuerbaren Energien seit Jahren zum Teil drastisch fallen, wird Atomkraft immer teurer, wie die Grafik von *Our World in Data* eindrücklich zeigt.

Die Investmentbank Lazard, die seit Jahren die Stromgestehungskosten (*Levelized Cost of Electricity, LCOE*) unterschiedlicher Energieerzeugungsarten vergleicht, kommt in ihrer jüngsten Analyse – durchgeführt am Beispiel der USA, aber indikativ auch für andere Regionen – zu folgenden Ergebnissen:<sup>01</sup>

1. Strom aus Windkraft und Solarstrom aus großen Anlagen ist deutlich billiger als Atomstrom, der das Neun- bis Zehnfache kosten kann.
2. Sogar inklusive der Kosten für nötige Stromspeicher ist Wind- und Solarstrom meist günstiger als Strom aus neuen AKW.

3. Selbst Laufzeitverlängerungen bereits abgeschriebener alter AKW kosten wegen der nötigen Nachrüstungen und Reparaturen auf die Kilowattstunde umgerechnet mehr als neu errichtete Wind- oder Solarkraftwerke.

Jeder Euro und Dollar kann nur einmal ausgegeben werden. **Geld, das in erneuerbare Energien investiert wird, ersetzt bis zu zehnmal mehr fossil erzeugten Strom, als wenn es in Atomkraft fließt** – alleine aufgrund des Preisvorteils der erneuerbaren Energien. Umgekehrt verhindern Investitionen in Atomkraft Investitionen in erneuerbare Energien, die unterm Strich viel mehr Strom liefern und viel mehr CO2 einsparen würden, als mit dem Geld finanzierte AKW es je tun werden.

Müsste die Atomkraft ihre Folgekosten selbst tragen, etwa eine Haftpflichtversicherung abschließen, welche die Schäden bei einem Super-GAU abdeckt, wäre sie nochmals erheblich teurer, der Preis- und Klimavorteil der Erneuerbaren noch größer.

## Entwicklung der Stromgestehungskosten (LCOE) unterschiedlicher Energiearten in Abhängigkeit von der weltweit installierten Kapazität





## Atomkraft hält Fossilstrom im Geschäft

Die Planungs- und Bauzeit von Atomkraftwerken ist in der Regel deutlich länger als die von Erneuerbaren-Anlagen. **Wer auf Atomkraft setzt, nimmt in Kauf, dass fossile Kraftwerke viele Jahre länger Strom produzieren**, als dies der Fall wäre, wenn statt Atomkraft die erneuerbaren Energien ausgebaut würden. Dies vergrößert den Klimavorteil der Erneuerbaren, den diese bereits aufgrund ihres günstigeren

Preises haben – und verschlechtert die CO<sub>2</sub>-Bilanz von Atomstrom. Dem Energieprofessor Marc Jacobsen zufolge verursacht Strom aus Atomkraft, über einen Zeitraum von 100 Jahren gerechnet, 9 bis 37 Mal so hohe Treibhausgasemissionen wie dieselbe Menge Strom aus Onshore-Windkraft und bis zu 223 Mal so viel Treibhausgasemissionen wie Solarstrom vom Dach.<sup>02</sup>

## Atomkraft blockiert die Transformation des Energiesystems

**In einem Energiesystem, das auf erneuerbaren Energien fußt, gibt es keinen Platz für „Grundlast“-Kraftwerke mehr**, die das ganze Jahr auf Volllast durchlaufen. Zu decken ist nur noch die so genannte Residuallast, also der Strombedarf, den die Erneuerbaren im jeweiligen Moment nicht decken. Die Residuallast schwankt stark und häufig. Das hat Auswirkungen auf den dafür nötigen Kraftwerkspark: Gefordert sind flexible Kraftwerke, die häufig an- und abschalten und im Betrieb ihre Leistung flexibel regeln können. Da sie nur stunden- und tageweise zum Einsatz kommen, müssen sie vor allem günstig zu bauen sein; ihre Betriebskosten sind aufgrund ihrer geringen Auslastung nicht so relevant.

Atomkraftwerke sind dafür maximal ungeeignet.<sup>03</sup>

Schon bei einem Erneuerbaren-Anteil von 54% (darunter 41% Wind und Solar), wie in Deutschland 2023 der Fall, ist so gut wie kein Kraftwerk mehr im „Grundlast“-Betrieb. Steigt der Anteil von Wind- und Solarstrom nur auf 50% an, ist bereits in jeder dritten Stunde des Jahres keine zusätzliche Stromerzeugung mehr nötig.

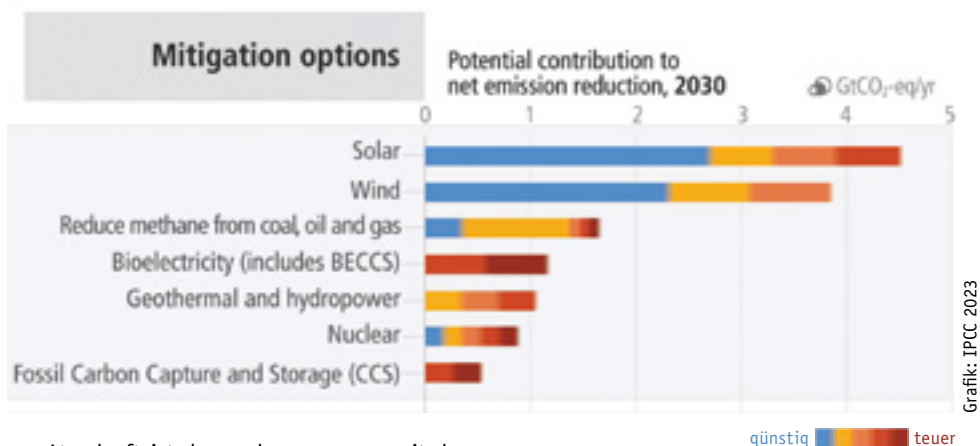
**Ein Festhalten an Atomkraft – auch getarnt als angebliche „Ergänzung“ zu Sonne und Wind – behindert den Ausbau der erneuerbaren Energien** und den Umbau des Energiesystems, und zwar physikalisch, ökonomisch und politisch: Die Gesamtkosten steigen, die Energiewende wird ausgebremst.<sup>04</sup>

## Atomkraft lenkt ab von dem, was wichtig ist.

Das Gerede um Atomkraft, von ihren Fans nach Kräften befeuert, oder um die „Option Kernkraft“, auf welche die CDU im Entwurf ihres neuen Grundsatzprogramms in Zeile 1778 zumindest „nicht verzichten“ wollte,<sup>05</sup> das Geräune von Kernfusions- und anderen Reaktoren, von denen nicht einmal vage abzusehen ist, ob sie jemals Strom erzeugen: Mit seriöser Klima- und Energiepolitik hat das nichts zu tun. Aber es nährt die falsche Hoffnung, dass die Klimakrise verschwinden und uns nicht weiter belästigen würde, wenn, ja wenn bloß die Atomkraft endlich oder wieder zum Zuge käme. Wer daran glaubt, braucht sich um Anderes, Unbequemes, nicht mehr zu kümmern. Nichts lässt der Klimakrise freieren Lauf.

Was wirklich helfen würde gegen die drohende Klimakatastrophe, hat der von Atomfans oft ins Feld geführte Weltklimarat in einem seiner IPCC-Berichte präzise aufgelistet. Die Wissenschaftler\*innen haben die verschiedenen Möglichkeiten, CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren, auf ihr Treibhausgas-Minderungs-Potenzial

abgeklopft. Diese „Potenzial-Balken“ haben sie dann farblich eingefärbt, nach den für die Umsetzung der jeweiligen Option zu erwartenden Kosten.



Atomkraft ist demnach, zusammen mit der CCS-Technik, die mit Abstand teuerste Methode, Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren. Und ihr Potenzial dafür ist, verglichen mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, ziemlich begrenzt.<sup>06</sup>

Julian Bothe

- 01 Lazard, „Levelized Cost of Energy Comparison—Unsubsidized Analysis“; in: Lazard, „2023 Levelized Cost of Energy+“, April 2023, S. 5.
- 02 Jacobson, Mark Z., „Evaluation of Nuclear Power as a Proposed Solution to Global Warming, Air Pollution, and Energy Security“; in: Jacobson, Mark Z., „100% clean, renewable energy and storage for everything“, 2021. Jacobson, Mark Z., Tweet 31.08.2023.
- 03 Hirth, Lion, Tweet 28.06.2022.
- 04 Sovacool, Benjamin K. et. al., „Differences in carbon emissions reduction between countries pursuing renewable electricity versus nuclear power“, 2020; in: Nat Energy.
- 05 CDU Bundesvorstand, „In Freiheit leben“, Entwurf des CDU-Grundsatzprogramms, Dezember 2023.
- 06 IPCC, „Multiple Opportunities for scaling up climate action“, Fig. SPM.7; in: IPCC, Climate Change 2023 Synthesis Report, Summary for Policymakers, 2023.

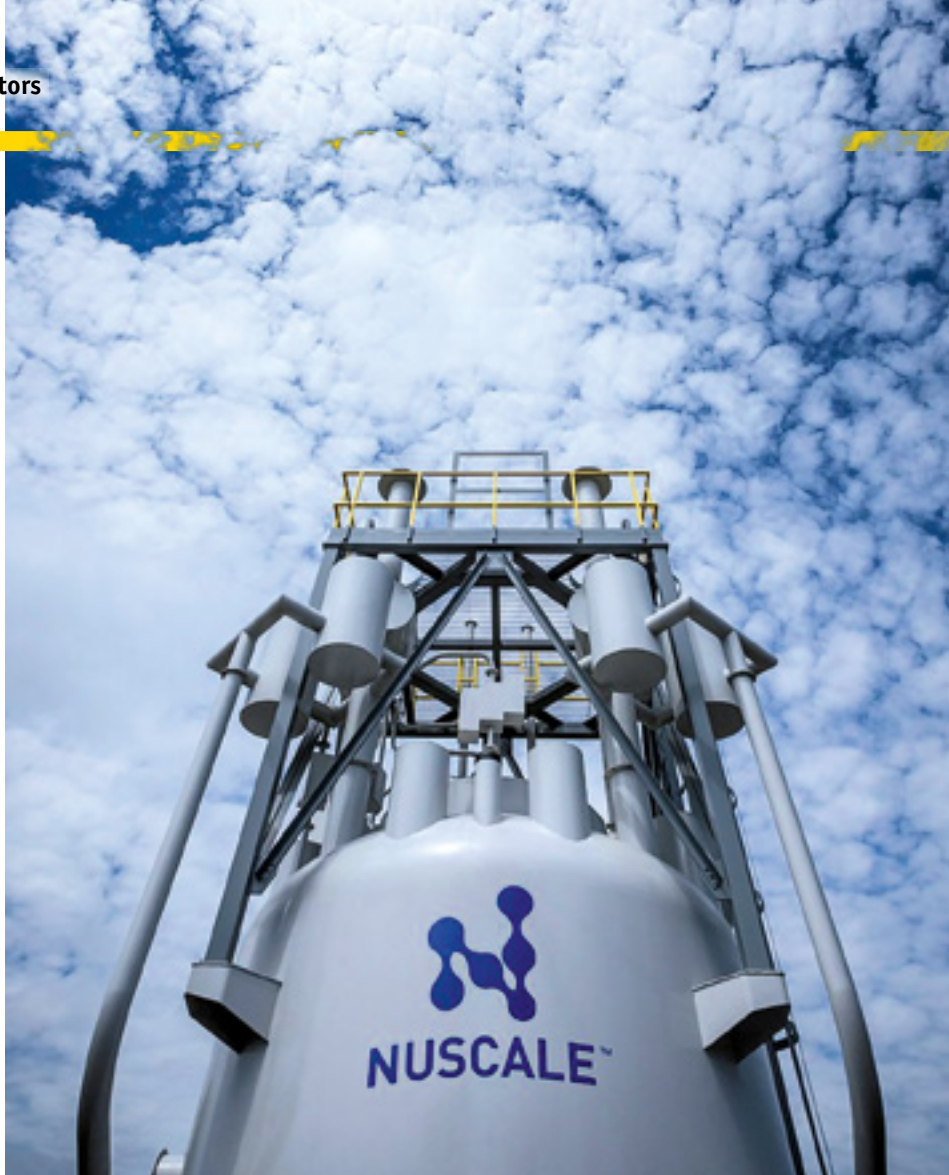


Foto: Oregon State University / Flickr

# Die Illusionsmaschine

**Hintergrund** | „Small Modular Reactors“ sind die Seifenblasen der Atomkraft: bunt schillernde Projektionsflächen, dahinter ziemlich viel Luft. Die ernstzunehmendste der Blasen ist jetzt geplatzt

Sie waren weiter als alle anderen, hatten ausgearbeitete Pläne ihres Reaktors, technisch nicht innovativ, aber mit Zulassung der US-Atomaufsicht – zumindest für eine 50-Megawatt-Variante. Es gab Investor\*innen, ein konkretes Projekt, und einen zahlungskräftigen Projektpartner: UAMPS, ein Zusammenschluss kommunaler Energieversorger im Nordwesten der USA. Sechs sogenannte „small modular reactors“ (SMR) mit jeweils 77 Megawatt wollten sie dort bauen. Sie sollten deutlich günstiger als ein großes AKW sein – das war das Versprechen des SMR-Entwicklers Nuscale. Schon Mitte 2025 sollte es losgehen.

Doch das „Carbon Free Power Project“ (CFPP) ist gescheitert, die Illusion geplatzt. Anfang

2023 hatte Nuscale die Kostenschätzung von ca. 5,3 auf 9,3 Milliarden US-Dollar nach oben korrigiert. Statt der versprochenen 58 hätte eine Megawattstunde Strom aus den Mini-Reaktoren nun 89 Dollar gekostet – trotz staatlicher Fördergelder und Steuervergünstigungen in Höhe von insgesamt etwa vier Milliarden Dollar.<sup>01</sup> Zum Vergleich: Eine Megawattstunde Onshore-Windstrom kostete in den USA 2021 durchschnittlich 32 Dollar.<sup>02</sup> Daraufhin ziehen Nuscale und UAMPS im November die Reißleine

## Pleiten, Pech und Pannen

Das Aus für das Vorzeigeprojekt ist kein Einzelfall. Viele SMR-Ideen werden seit Jahrzehnten erfolglos vorangetrieben. Die unübersichtliche

01 N-TV, „Traum günstiger Minireaktoren verpufft in Idaho“, 13.06.2023.

02 RWE En:former Blog, „Onshore-Windkraft in den USA auf dem Vormarsch“, 11.10.2022.

Vielzahl weltweiter Projekte reicht von „Power-Point-Reaktoren“, von denen nur eine Skizze existiert, bis zu einzelnen Prototypen, von der versprochenen Serienfertigung allerdings meilenweit entfernt:

- Die Akademie Lomonosow, Prototyp eines schwimmenden AKW, war mindestens vier Mal so teuer wie geplant: Aus veranschlagten sechs wurden mindestens 37 Milliarden Rubel. Das entspricht knapp 25.000 US-Dollar pro Kilowatt installierter Leistung – fast doppelt so viel wie bei einem modernen Großreaktor.<sup>03</sup>
- Der HTR-PM-Demonstrationsreaktor, ein Kugelhaufenreaktor nach dem Vorbild des havarierten AVR Jülich, ging 2021 in China ans Netz, lief im Jahr 2022 aber lediglich 27 von möglichen 8.760 Betriebsstunden.<sup>04</sup> Die Baukosten waren dreimal so hoch wie geplant (6.000 US-Dollar pro Kilowatt installierter Leistung)<sup>05</sup>. Pläne zur Errichtung von bis zu 18 weiteren Reaktoren desselben Typs am gleichen Standort hat China aufgegeben.<sup>06</sup>
- Der CAREM-Reaktor in Argentinien ist seit 50 Jahren in Planung. Baubeginn war schließlich 2014 – fertig ist er bis heute nicht. 2021 lag die Kostenschätzung für das 25-Megawatt-Reaktörchen, das auf ein Sechzigstel der Leistung eines großen AKW kommt, bei 750 Millionen US-Dollar.<sup>07</sup>
- Im Jahr 2021 begann China mit dem Bau eines 125-Megawatt-Druckwasserreaktors (APC 100 oder Linglong One). Die Baukosten pro Megawatt werden mindestens doppelt so hoch sein wie bei großen Reaktoren.<sup>08</sup>
- Ebenfalls 2021 begann Russland mit dem Bau des bleigekühlten 300-Megawatt-Demonstrationsreaktors BREST, ein Schneller Brüter. Die Kostenschätzung hat sich bereits auf 1,3 Milliarden US-Dollar mehr als verdoppelt.<sup>09</sup>
- Der in deutschen Medien häufig erwähnte Dual Fluid Reactor taucht im aktuellen World Nuclear Industry Status Report<sup>10</sup> nur als Fußnote auf. Das Startup aus einem Berliner Hinterhof machte im September Schlagzeilen mit der Ankündigung, ihren Prototypen in Ruanda bauen zu wollen – ein Land mit Erfahrung in Atomtechnik konnte es für dieses Projekt offenbar nicht gewinnen.<sup>11</sup>

Auch bei Nuscale scheint es keine neuen Großaufträge zu geben. Im Gegenteil: Ange dachte Projekte in anderen Ländern stehen nun ebenfalls auf der Kippe. Das Unternehmen ist dabei, ein Drittel der Belegschaft zu entlassen. Zudem hat es eine Sammelklage enttäuschter Aktionäre am Hals. Diese werfen Nuscale vor,

ihr Geld mit irreführenden Angaben eingeworben und verbrannt zu haben.<sup>12</sup>

Angesichts der bisherigen Bilanz halten sich private Geldgeber\*innen bei SMR-Projekten auffallend zurück. Großinvestor\*innen wie Bill Gates, Mitgründer von Terrapower, sind die Ausnahme. Kaum ein Unternehmen hat Interesse daran, Geld in derart risikobehaftete und in vielerlei Hinsicht vage Projekte zu stecken.

## SMR-Förderung durch die EU

Dem weltweiten Hype um SMR tut die Realität offenbar keinen Abbruch. Kaum ein Land, das weiter auf Atomkraft setzt, kündigt nicht auch ein SMR-Projekt an. Denn SMR, die es real noch nicht gibt, sind eine ideale Projektionsfläche, um den Glauben an Atomkraft als angeblich saubere, billige, harmlose und innovative Technologie am Leben zu halten: Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Die Strategie scheint aufzugehen, jedenfalls in der EU: Energiekommissarin Kadri Simson kündigt Anfang November eine SMR-Industriallianz an, die Marktanreize schaffen, Projekte finanzieren und Forschung und Entwicklung fördern soll.<sup>13</sup> Das EU-Parlament schlägt in dieselbe Kerbe und fordert im Dezember eine umfassende Strategie für den Einsatz von SMR.<sup>14</sup> Die EU soll dafür Geld zur Verfügung stellen: Auch deutsche Steuergelder könnten dann in die SMR-Entwicklung fließen.<sup>15</sup>

## Phoenix aus der Asche?

Auch Geopolitik spielt eine Rolle. Sowohl Russland als auch die USA hoffen, zahlreiche SMR in die ganze Welt verkaufen und die Empfängerländer damit an sich binden zu können. Der US-Klimabeauftragte John Kerry verkündete 2021 bei der COP27 das „Project Phoenix“. Man wolle Kohlekraftwerke in (Ost-)Europa und Asien durch SMR amerikanischer Bauart ersetzen. Projektvorschläge aus der Tschechischen Republik, der Slowakei und Polen sind bereits ausgewählt und erhalten Unterstützung bei Machbarkeitsstudien. Den Anfang machen soll jedoch Rumänien.<sup>16</sup> In einem Videobriefing für Journalist\*innen am 27. September 2023 schwärmt der stellvertretende US-Außenminister Geoffrey Pyatt für den dort geplanten ersten SMR, der 2029 ans Netz gehen soll: „Bisher hat noch niemand eines dieser Dinger in Betrieb genommen.“ Gut möglich allerdings, dass das noch eine ganze Weile so bleibt: Projektpartner des staatlichen rumänischen Energieversorgers ist ausgerechnet Nuscale. *Anna Stender*

- 03 World Nuclear Industry Status Report 2021 (WNISR 2021), September 2021, S. 54.
- 04 World Nuclear Industry Status Report 2023 (WNISR 2023), Dezember 2023, S. 321.
- 05 World Nuclear Association, „Nuclear Power in China“, Dezember 2023.
- 06 World Nuclear News, „First vessel installed in China’s HTR-PM unit“, 21.03.2016.
- 07 WNISR 2023, S. 438.
- 08 China National Nuclear Corporation, „Opportunities and Challenges in SMR and Its Practice in ACP100“, Juli 2019.
- 09 TASS, „Cost of BREST fast reactor construction estimated at \$1.3 bln, says Rosatom“, 08.06.2021.
- 10 WNISR 2023, S. 135, Fußnote 309.
- 11 Associated Press, „Rwanda will host a company’s 1st small-scale nuclear reactor testing carbon-free energy approach“, 13.09.2023.
- 12 Efahrer.com, „Firma war Vorreiter der Mini-Atomkraftwerke: Doch sie soll betrogen haben“, 07.01.2023.
- 13 Kadri Simson, „Opening speech by Commissioner Simson at the European Small Modular Reactor Partnership event“, 06.11.2023.
- 14 Julian Bothe, „Die große Ablenkung“, .ausgestrahlt-Blog, 15.12.2023.
- 15 Euractiv, „EU-Parlament: Breite Unterstützung für kleine Atomreaktoren“, 13.12.2023.
- 16 Euractiv, „US-amerikanische Kernreaktoren in Osteuropa sollen bis 2030 in Betrieb gehen“, 29.09.2023.





Fotos: Lars Hoff

Demonstration am 20. Januar vor der Brennelementefabrik

# Der Elefant im Raum

**Hintergrund** | Die Brennelemente-Fabrik Lingen will ihre Produktion erweitern, die Unterlagen dazu liegen bis März öffentlich aus. Doch über die Kooperation mit Rosatom, Anlass der Expansion, und die Rolle des Kreml-Konzerns bei dem Projekt verlieren sie kein Wort

**I**m atomrechtlichen Genehmigungsverfahren für den beantragten Ausbau der Brennelementefabrik Lingen liegen seit Januar die Antragsunterlagen öffentlich aus. Der französische Staatskonzern Framatome will dort in Lizenz und unter Mitwirkung des russischen Staatskonzerns Rosatom künftig auch Brennelemente für Reaktoren russischer Bauart produzieren. Eigens dafür hat er mit der Rosatom-Tochter TVEL ein Joint Venture gegründet.

Der Einstieg des russischen Staatskonzerns, der direkt dem Kreml unterstellt ist, in die Brennelementefertigung in Lingen sorgt seit Monaten für Kritik. Reaktorsicherheitsexpert\*innen warnen vor einem möglichen Zugang zu sensiblen Informationen über Atomkraftwerke in

ganz Europa. Atomkraftgegner\*innen kritisieren, dass der weltgrößte Atomkonzern, der im Auftrag des Kreml daran arbeitet, AKW in der ganzen Welt zu bauen und damit geopolitische Abhängigkeiten für Jahrzehnte zu schaffen, in Lingen Fuß fassen will. Und sehr viele halten es für äußerst unklug, mit einem Staatskonzern zu kollaborieren, der aktiv am Krieg Russlands gegen die Ukraine beteiligt ist und dessen Chef sich mit Putin persönlich am kleinen Teetisch bespricht.

## Genehmigung verweigert

Umso erstaunlicher ist, dass in den Antragsunterlagen die Rolle Rosatoms und die gravierenden Sicherheitsprobleme, die aus dem Einstieg



des kremlnahen Konzerns in Lingen resultieren, mit keinem Wort erwähnt werden. Auch die Erkenntnisse der Bundesregierung, die in der Zusammenarbeit mit Rosatom eine Gefährdung der Sicherheitsinteressen Deutschlands und seiner Verbündeten sieht, kommen in den Unterlagen nicht vor. 2022 hatte diese, gestützt auf das Außenwirtschaftsrecht, die Genehmigung für das zunächst in Deutschland geplante Gemeinschaftsunternehmen von Framatome und Rosatom verweigert. Die Gründe dafür hält sie bis heute geheim. Für ein sachgerechtes Verfahren müssen die Ergebnisse der 2022 durchgeführten Investitionsprüfung offengelegt und zwingend in das atomrechtliche Genehmigungsverfahren einbezogen werden.

Rosatom ist der Elefant im Raum, über den keiner spricht, kritisiert Julian Bothe, Rosatom-Experte von .ausgestrahlt: „Nur wenn alle sicherheitsrelevanten Informationen für alle zugänglich auf dem Tisch liegen, ist eine ernsthafte Diskussion des Vorhabens möglich. Die Bundesregierung darf ihre Erkenntnisse deshalb nicht länger unter Verschluss halten.“

„Rosatom ist die rechte Hand des Kreml und versucht mit jeder Handlung, den Einfluss Putins zu vergrößern“, sagt Wladimir Sliwjak, Co-Vorsitzender der russischen Umweltorganisation Ecodefense! und Träger des Alternativen Nobelpreises 2021. „Die Bundesregierung darf nicht zulassen, dass ein solcher Konzern Zugang zu einer Atomfabrik bekommt. Sie muss vielmehr alles dafür tun, dass jegliche Zusammenarbeit mit Rosatom unverzüglich unterbunden wird.“

Dem Umweltministerium in Hannover gegenüber hat Framatome längst eingeräumt, dass auch Mitarbeiter\*innen von Rosatom in Lingen tätig werden sollen. Die neuen Maschinen müssen eingerichtet, das Personal eingelehrt, die Herstellung der sechseckigen Brennelemente und die Einhaltung der spezifischen Spezifikationen überwacht werden. Framatome alleine ist nach eigener Aussage nicht in der Lage, diese Art Brennelemente eigenständig zu fertigen. Rosatom wird zudem spezielle vorgefertigte Uran-Pellets liefern, die in den Brennelementen für die Reaktoren russischen Typs eingebaut werden müssen.

### Uran für militärische Verwendung?

Bereits heute bezieht die Brennelementefabrik in Lingen regelmäßig Uran von Rosatom. Alle paar Wochen erreicht eine neue Lieferung aus Russland das Werkstor. Künftig will Framatome

auch Atom-Brennstoff von Lingen aus nach Russland exportieren. Empfänger der Uran-Pellets soll die Rosatom-Tochtergesellschaft MSZ Machinery Manufacturing Plant JSC in Elektrostal sein. Die warb noch vor Kurzem öffentlich damit, dass sie auch Reaktoren für die Atom-U-Boot-Flotte der russischen Marine baut und mit Brennstoff beliefert.

Nicht ausgeschlossen also, dass der aus Lingen gelieferte Stoff am Ende sogar militärisch genutzt wird. Das allerdings wäre eindeutig illegal: Die EU-Sanktionsverordnung Nr. 833/2014, erlassen 2014 als Reaktion auf den russischen Einmarsch auf die Krim, verbietet den Export von Dual-Use-Gütern – dazu zählt angereichertes Uran –, wenn nicht zweifelsfrei feststeht, dass eine militärische Verwendung ausgeschlossen ist.

Über den Exportantrag von Framatome hat das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) noch nicht entschieden. Man prüfe noch.

*Armin Simon*

## Aktion



### Einwendung jetzt!

Noch bis Anfang März kannst Du Einwendungen gegen den Ausbau der Brennelementefabrik Lingen und den Einstieg von Rosatom erheben.

Eine Sammeleinwendung liegt diesem Heft bei. Weitere kannst Du herunterladen oder kostenlos bestellen. Bitte auch Freund\*innen, Bekannte, Nachbar\*innen, Kolleg\*innen und deine Familie, zu unterschreiben. Je mehr Einwendungen eingehen, desto größer der Druck, sich damit auseinanderzusetzen. Du kannst deine Einwände auch individuell formulieren.

**Einwendungen bitte bis 20.2. schicken an: .ausgestrahlt, Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg.**

.ausgestrahlt übergibt alle Einwendungen Ende Februar öffentlichkeitswirksam und fristgerecht dem niedersächsischen Umweltministerium.

Mehr Informationen:

**ausgestrahlt.de/lingen**

Anzeige

**Gemeinsam was bewegen!**

ATOMSTROMLOS

KLIMAFREUNDLICH

BÜRGEREIGEN

Für eine nachhaltige Energieversorgung und Klimaschutz, gegen Atomkraft und Kohlestrom – als Genossenschaft verbinden die EWS bürgerschaftliches Engagement, Mitbestimmung und Dezentralisierung.

[ews-schoenau.de](http://ews-schoenau.de)



# Erster Erfolg

**Analyse** | Das Atommüll-Zentrum Würgassen, das die Einlagerung in „Schacht Konrad“ beschleunigen sollte, wird nicht gebaut: ein Erfolg des jahrelangen Protests. An „Konrad“ selbst hält die Politik weiter fest – noch

**D**as gelbe W gewinnt. Wegen „zu vieler rechtlicher und planerischer Risiken“, vulgo: zu großem Widerstand, kippt Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) Mitte Dezember das geplante gigantische Atommüll-Logistikzentrum in Würgassen. Der gesamte schwach- und mittelradioaktive Abfall aus Deutschland, das war der Plan, sollte hier im Dreiländereck zwischen Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen in eine gigantische Atommüll-Halle verfrachtet und dort kontrolliert, gegebenenfalls konditioniert, und vor allem neu sortiert werden: ein strahlendes Atommüll-Tetris. Weitere abertausend Atomtransporte über Dorfstraßen und die eingleisige Bahnstrecke sollten ihn dann, in passenden Chargen, zum ehemaligen Eisenerzbergwerk „Schacht Konrad“ nach Salzgitter bringen.

Von Anfang an ist dieser Plan auf großen Widerstand gestoßen, vor Ort im Dreiländereck, in der Landespolitik, aber auch in der Anti-Atom-Bewegung und bei den Gegner\*innen des geplanten Atommülllagers „Schacht Konrad“. Zu offensichtlich waren nicht fachliche, sondern juristische und politische Erwägungen für die Standortwahl des Atommüll-Zentrums ausschlaggebend, und selbstverständlich fiel die Entscheidung für Würgassen ohne Beteiligung der Betroffenen. Das Gelände ist von Erdstößen bedroht. Direkt in einer Flussbiegung

der Weser gelegen, ist zudem die Gefahr von Überflutungen offensichtlich. Die Verkehrsanbindung ist für ein solches Projekt miserabel.

Das Atommüll-Logistikzentrum in Würgassen sollte eben in erster Linie das Projekt „Schacht Konrad“ retten: technisch, weil mit optimal gepackten Chargen höhere Radioaktivitätsmengen nach „Konrad“ verbracht werden könnten bzw. dürften; finanziell, weil die Einlagerung so schneller vonstatten gehen sollte; und juristisch, weil jeder Standort in räumlicher Nähe zu „Schacht Konrad“ die Genehmigung des „Endlagers“ selbst in Frage gestellt hätte. Dann nämlich wären auch für „Konrad“ die aktuellen Strahlenschutzanforderungen maßgeblich geworden, was ziemlich sicher das Aus für die geplante Atommüll-Einlagerung dort bedeutet hätte.

Das Umweltministerium versichert, dass „Schacht Konrad“ auch ohne das zuvor für zwingend erachtete Logistikzentrum mit Atommüll befüllt werden könne. Doch der Erfolg des hartnäckigen, vielfältigen Protests in Würgassen könnte sich auch noch als Etappensieg im Streit um „Konrad“ erweisen. Zwar hat der niedersächsische Umweltminister zwei Anträge für einen Stopp der Arbeiten in „Schacht Konrad“ gerade erst zurückgewiesen. Das Aus für das Logistikzentrum rückt die Mängel des „Konrad“-Projekts allerdings noch ein Stückchen weiter ins Licht. Mehr dazu im Interview rechts.

Für den Fall, dass trotz der geplanten Geländeaufschüttung doch Hochwasser durch die Atommüll-Halle fließen sollte, könne die Atomaufsicht auch vorschreiben, die Atommüll-Container am Hallenboden festzuschrauben, erklärte die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ). Dann würden sie nicht weggespült





# „Mengenmäßig reicht ‚Konrad‘ sowieso nicht aus“

*Der niedersächsische Umweltminister Christian Meyer hat den Antrag auf Rücknahme beziehungsweise Widerruf der Baugenehmigung für „Schacht Konrad“ vorläufig zurückgewiesen. Ist das Atommüll-Lager unter Salzgitter noch aufzuhalten?*

**Ursula Schönberger:** Auf jeden Fall! Wenn der endgültige Bescheid kommt, werden wir die juristischen Schritte prüfen. Der Weg dafür ist schon bereitet. Parallel dazu muss die politische Auseinandersetzung weitergehen: Atomprozesse werden nie gewonnen, bloß weil man recht hat. In die Hände spielt uns, dass immer deutlicher wird, dass sich „Konrad“ als „Endlager“ nicht eignet.

*Woran ist das festzumachen?*

Zum einen an den ständigen Verzögerungen. Die Genehmigung von 2002 ist aus der Zeit gefallen. Gerade erst hat die BGE eingeräumt, dass es doch wesentlich schwieriger wird, die heutigen Anforderungen an die Erdbbensicherheit nachzuweisen – und das ist nur einer von Hunderten Punkten. Zum anderen ist inzwischen klar, dass „Konrad“ gar nicht ausreicht für den gesamten schwach- und mittelaktiven Müll: Es gibt weit mehr als die genehmigten 303.000 Kubikmeter.

*Welche Rolle spielte das Atommüll-Logistikzentrum, das in Würigassen entstehen sollte?*

Schacht Konrad wurde ohne Logistikzentrum geplant. Inzwischen jedoch soll in jede Kammer so viel Radioaktivität gepackt werden, wie nur irgendwie zulässig. Um das hinzukriegen, brauchten sie das Logistikzentrum. Es war so wichtig, dass es nicht nur in einem Gesetz drinsteht, sondern auch in zwei Koalitionsvereinbarungen der Bundesregierung.

*Dennoch hat die Bundesumweltministerin das Projekt in Würigassen jetzt gekippt.*

Ein Erfolg des jahrelangen Protests! Aber ich denke, sie hat auch realisiert, dass der Plan einer schnelleren Einlagerung des Mülls in „Schacht Konrad“ sowieso nicht funktioniert – weil die Abfälle gar nicht schnell genug dokumentiert und konditioniert werden können.

*Welche Folgen hat das für die Lager, in denen der Müll derzeit liegt?*

Die Vorstellung von Kommunal- und Landespolitiker\*innen, „Konrad“ werde ihnen den

schwach- und mittelradioaktiven Müll bald abnehmen, ist absurd. Die Abfälle werden noch Jahrzehnte bleiben, wo sie sind – und es ist dringend notwendig, sich darum zu kümmern. Zumal selbst dann, wenn „Konrad“ jemals in Betrieb gehen sollte, nicht klar ist, welcher Müll dort wirklich eingelagert werden darf. Zwar gelten dort beim Strahlenschutz bis heute nur die Sicherheitsanforderungen von 1983. Aber bei anderen Punkten, etwa der Einlagerung grundwassergefährdender Stoffe, muss sich die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) an die heute geltenden Regelungen und Grenzwerte halten. Das wird zunehmend schwierig.

*Mengenmäßig aber ...*

... reicht „Konrad“ sowieso nicht aus. Man braucht in jedem Fall einen weiteren Standort. Wie lange also will die Regierung noch an einem Projekt festhalten, das gar nicht abdeckt, was es soll? Das unter Sicherheitsaspekten absolut unakzeptabel ist? Das alleine bis zur Inbetriebnahme noch weitere 2,7 Milliarden Euro kosten soll, plus Betriebskosten, kalkuliert mit 3,6 Milliarden Euro, plus die Kosten der Schließung, für die es nicht mal ein fertiges Konzept gibt? Anstatt zu sagen: Wir suchen gleich einen neuen Standort, wo alles reinpasst, und bauen dort ein Endlagerbergwerk, das genau darauf ausgerichtet ist, diese Abfälle nach dem Stand von Wissenschaft und Technik möglichst sicher zu verwahren – und geben „Konrad“ auf.

*Das wäre die rein politische Lösung. Der eingereichte Antrag hingegen zielt darauf, die 2002 erteilte Genehmigung für „Konrad“ zu kippen. Der Umweltminister hat ihn aus formalen Gründen abgelehnt: Für eine Rücknahme sei die Frist abgelaufen, ...*

Dazu gibt es unterschiedliche juristische Auffassungen.

*... und für einen Widerruf mangle es an neuen Tatsachen.*

Auch darum werden wir uns juristisch streiten: Was sind neue Tatsachen – die gegebenenfalls einen Widerruf der Genehmigung begründen können – und was nur neue Bewertungen? Etwa bei der Frage, ob man ein tiefengeologisches Atommülllager in einem alten Bergwerk errichten darf, wie bei „Schacht Konrad“. Aus heutiger Sicht ist das ein No-Go, das bestreitet

niemand mehr. Das Ministerium stuft es dennoch nicht als neue Tatsache ein – weil es keine entsprechende Verordnung gibt.

*Gibt es nicht?*

Nein. Die Politik weigert sich bis heute, die Strahlenschutz-Anforderungen, die für die Lagerung hochradioaktiver Abfälle gelten, auch für die Lagerung schwach- und mittelaktiver Abfälle vorzuschreiben. Das ist wissenschaftlich nicht haltbar. Die Vorschriften auch für diesen Müll müssen endlich an den aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik angepasst werden, den das Atomgesetz fordert.

*Meyer hat auf die zweite Phase der ÜSiKo verwiesen, der „Überprüfung der sicherheitstechnischen Anforderungen des Endlagers für radioaktive Abfälle Konrad“, deren Ergebnisse demnächst vorliegen sollen. Eröffnet das einen Weg, aus dem Vorhaben auszusteiigen?*

Bis jetzt sehe ich das nicht. Federführend ist die BGE – und das ist die letzte, die aus „Konrad“ aussteigen will. Deshalb wird da nichts rauskommen, was automatisch zur Aufgabe des Projekt führt. Andererseits sind in der ÜSiKo bereits Abweichungen von heutigen Sicherheitsanforderungen identifiziert worden, etwa die Gasbildung unter Tage, und da erhoffe ich mir schon, dass die zweite Phase ein paar Ansatzpunkte untermauert. Nur: Der politische Wille, „Konrad“ zu kippen, bleibt auch dann unabdingbar. Da müssen wir weiter Druck machen.

*Interview: Armin Simon*



Foto: privat

## Ursula Schönberger

Ursula Schönberger ist Politikwissenschaftlerin und Mitglied der **Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad**. Sie leitet u.a. das Projekt [atommuellreport.de](http://atommuellreport.de)

# Grundlos getrieben

**Hintergrund | Die Vorbereitungen für den Transport von 152 Castor-Behältern aus dem Jülicher Zwischenlager nach Ahaus laufen auf Hochtouren. Dabei müsste das Lager gar nicht geräumt werden**

Es ist eine überraschende Wendung im jahrelangen Hickhack um die knapp 300.000 Brennelementkugeln im Jülicher Zwischenlager: „Erst im Jahr 2022“, so die grüne NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur Ende Oktober,<sup>01</sup> habe das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) – zuständig für den Atommüll in Jülich – bestätigt, „dass der Gesamtkomplex der seismischen Bemessung und der davon abhängigen sicherheitstechnisch zu bewertenden Auswirkungen mit positivem Prüfergebnis abgeschlossen werden könne.“<sup>02</sup> Die verklausulierte Aussage hat Sprengkraft. Denn der lange ausstehende Nachweis der Erdbebensicherheit der Castor-Halle in Jülich war die zentrale Begründung für den geplanten Transport der dortigen 152 Castoren nach Ahaus. Auf Nachfrage von .ausgestrahlt bestätigten Neubaur und das BASE übereinstimmend, dass der Punkt Erdbeengefahr im Verfahren für eine neue befristete Genehmigung für das bestehende Lager in Jülich abgehakt sei.

„Erst im Jahr 2022“ – diese Formulierung ist insofern treffend, als die JEN und das bis 2015 federführende Forschungszentrum Jülich für die entsprechenden Nachweise lange gebraucht haben. So lange, dass die Genehmigung für das Zwischenlager in Jülich 2013 auslief und das NRW-Wirtschaftsministerium als zuständige Atomaufsicht ein Jahr später anordnete, das Lager unverzüglich zu räumen. Als Knackpunkt nannte das Ministerium die fehlenden Nachweise zur Erdbebensicherheit, und dass nicht absehbar sei, wie lange es dauern werde, bis die Unterlagen vollständig vorlägen.<sup>03</sup>

## Öffentlichkeit im Dunklen gelassen

Eigentlich müsste es aber heißen: „schon im Jahr 2022“. Denn während die Beteiligten seit über einem Jahr wissen, dass sich die Sach-

lage entscheidend geändert hat, haben sie der Öffentlichkeit diese Information bisher vorenthalten. Dabei spielt sie eine entscheidende Rolle bei der Frage, was mit den Brennelementkugeln passieren soll: Denn wenn das bestehende Lager die Anforderungen an die Erdbebensicherheit erfüllt, ist die Räumungsanordnung hinfällig. Das lässt den unnötigen und gefährlichen Transport der 152 Castor-Behälter mit knapp 300.000 hochradioaktiven Brennelementkugeln aus dem Hochtemperaturreaktor AVR nach Ahaus noch überflüssiger erscheinen als ohnehin schon. Immerhin wird bei der „Ahaus-Option“ gerne darauf verwiesen, dass wegen der Räumungsanordnung der Faktor Zeit entscheidend sei. Die einzig richtige Konsequenz aus dem Nachweis der Erdbebensicherheit wäre gewesen, die Räumungsanordnung aufzuheben und die Transporte abzublasen. Das ist bis heute nicht passiert.

## Neue Genehmigung in greifbarer Nähe?

Dass im Bereich der nuklearen Sicherheit keine To-dos mehr offen sind, rückt eine neue befristete Genehmigung für das Jülicher Lager in greifbare Nähe. Das sieht auch die JEN so. Die zu erwartende Genehmigung nennt sie sogar als einen der Gründe, warum die Option eines Exports des Atommülls in die USA, die sie zunächst verfolgt hatte, vom Tisch ist. Denn in diesem Punkt ist die Aussage des Atomgesetzes unstrittig: Spätestens mit einem genehmigten Zwischenlager in Jülich wäre der Export rechtlich nicht mehr möglich gewesen. Um den genehmigungslosen Zustand zu beenden, fehlt laut JEN lediglich der Nachweis der Sicherung der IT-Systeme des Zwischenlagers gegen Angriffe von außen.<sup>04</sup> Das klingt nach einer machbaren Aufgabe, doch offenbar lässt sich die JEN wieder einmal Zeit damit, die erforderlichen Unterlagen einzureichen.

01 Wirtschaftsministerium NRW, Pressemitteilung 24.10.2023.

02 Wirtschaftsministerium NRW, Pressemitteilung 24.10.2023.

03 Wirtschaftsministerium NRW, Pressemitteilung zur Räumungsanordnung des Castor-Lagers in Jülich, Juli 2014.

04 JEN, „Zukünftiger Verbleib der AVR-Brennelemente. Aktueller Stand der Optionen“, Präsentation für den Jülicher Nachbarschaftsdialog, 06.03.2023.

05 .ausgestrahlt, „Wende im Jülicher Castor-Streit?“, Pressemitteilung 02.11.2023.

06 Bundesrechnungshof, „Stilllegung und Rückbau kerntechnischer Versuchsanlagen. Räumung des AVR-Behälterlagers in Jülich“, Bericht an den Haushaltsausschuss, 18.03.2022.

07 BASE, „AVR-Behälterlager bei Jülich“, 23.01.2023.



Demonstration in Ahaus am 14. Januar

Foto: Lars Hoff

## Räumungsanordnung muss aufgehoben werden

Das alles geschieht unter den Augen der Vertreter\*innen zweier Bundesministerien und eines NRW-Landesministeriums, die allesamt im Aufsichtsrat der JEN sitzen. Es ist höchste Zeit, dass die schwarz-grüne Landesregierung ihren Worten Taten folgen lässt. Immer wieder hat sie sich für einen Neubau in Jülich ausgesprochen, in ihrem Koalitionsvertrag zugesagt, unnötige Atomtransporte verhindern zu wollen. Doch konkrete Schritte hat sie bisher kaum unternommen. Die erste Maßnahme wäre nun, die Räumungsanordnung unverzüglich aufzuheben. Dazu haben .ausgestrahlt sowie andere Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände Mona Neubaur bereits aufgefordert.<sup>05</sup> Darüber hinaus muss sich die NRW-Landesregierung im Aufsichtsrat aktiv für einen robusten Neubau in Jülich einsetzen.

Ihrer Aufsichtsrolle gerecht werden müssen auch die Bundesministerien für Umwelt, für Finanzen und für Forschung. Sie lehnen die sicherste Option, nämlich die weitere Lagerung in Jülich, bislang ab. Grundlage für diese Position ist ein Bericht des Bundesrechnungshofs<sup>06</sup> zu den bereits angefallenen und den zu erwartenden Kosten für die verschiedenen Räumungsoptionen.

## Eine Frage der Kosten?

Doch ist die Ahaus-Option tatsächlich so viel günstiger als ein Neubau in Jülich? Der Bericht lässt diesbezüglich zumindest Fragen offen. Er

selbst moniert die „vagen Ausgabenschätzungen“ der JEN für einzelne Posten und schafft insgesamt keine Transparenz über die Annahmen, die ihnen zugrunde liegen. Er scheint jedoch anzunehmen, dass der Atommüll bis zur Einlagerung in einem geologischen Tiefenlager in Ahaus bleiben könnte. Dagegen spricht nicht nur, dass die Genehmigung des Ahauser Lagers bereits 2036 ausläuft, sondern vor allem auch, dass der Strahlmüll voraussichtlich nicht ohne umfangreiche vorbereitende Arbeiten in ein „Endlager“ gebracht werden kann. Allerdings schließt der Ansiedlungsvertrag mit der Stadt Ahaus den Bau einer dafür erforderlichen „Heißen Zelle“ ausdrücklich aus. Nur diese würde es erlauben, Castor-Behälter ferngesteuert zu öffnen, die Kugeln zu entnehmen und zu bearbeiten. Ein erneuter Transport der Behälter weg aus Ahaus – womöglich sogar zurück nach Jülich – ist also wahrscheinlich. Verantwortlich für den Atommüll bleibt jedenfalls die JEN.<sup>07</sup> Anders als bei den großen Leistungsreaktoren in Deutschland geht die Verantwortung für die strahlenden Hinterlassenschaften aus dem Hochtemperaturreaktor AVR Jülich nicht auf die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) über.

Der Bericht des Bundesrechnungshofs zeigt auch, wie stiefmütterlich die Neubau-Option bisher behandelt wurde. Nach der Räumungsanordnung wurde sie bis 2016 gar nicht weiterverfolgt – die Umsetzung dauere zu lange. Außerdem wolle man den Nachweis der Erdbebensicherheit für das bestehende Lager abwarten, um die

Anforderungen für den Neubau beurteilen zu können. Insgesamt fielen zwischen 2015 und 2021 nur 62.000 Euro an, die direkt der Neubau-Option zuzuordnen sind. Zum Vergleich: Für die Vorbereitung eines Transportes nach Ahaus waren es im gleichen Zeitraum 17,7 Millionen Euro und für den ebenfalls erwogenen Transport in die USA 10,9 Millionen Euro. Interessant ist auch, dass die JEN zwar inzwischen eine Neugenehmigung für das bestehende Lager für neun und nicht mehr für drei Jahre anstrebt, gleichzeitig aber für den Bau eines neuen Lagers mindestens zehn Jahre veranschlagt.

## Die Zeit drängt

Alle Weichen scheinen gestellt für einen Transport nach Ahaus. Die JEN erwartet in diesem Jahr die Transportgenehmigung. Sind die ersten Castor-Behälter nach Ahaus gerollt – auch das könnte bereits 2024 der Fall sein – soll die Neubau-Option nicht weiterverfolgt werden. Ein abgekartetes Spiel?

Der Neubau eines robusten Zwischenlagers in Jülich würde überflüssige, gefährliche Transporte vermeiden und noch dazu dafür sorgen, dass der Müll beim Verursacher bleibt, der sich auch weiter darum kümmern muss. Es ist höchste Zeit, der Sicherheit bei Entscheidungen im Umgang mit Atommüll oberste Priorität zu geben. Das gilt übrigens nicht nur für die Lagerung des Atommülls aus Jülich, sondern generell für das ungelöste Problem der Langzeit-Zwischenlagerung in Deutschland ...

Sophia Hansen



# „Wir wären alle gefangen gewesen“

**Porträt | Susumu Kitano hat das AKW Suzu mit verhindert und streitet mit einer Klärgemeinschaft für den Rückbau des AKW Shika. An Neujahr hätte es in beiden zum Super-GAU kommen können**



Foto: privat

**„Das Epizentrum war ziemlich genau dort, wo dieses AKW gebaut werden sollte.“**

**I**n Japan sind wir es ja gewohnt, immer wieder kleinere oder größere Erdbeben zu erleben. Am Neujahrstag war ich mit meiner Familie nicht zuhause in Suzu, sondern in einem Shopping-Center 100 Kilometer entfernt. Plötzlich bebte es, dann fiel der Strom aus, alle sind nach draußen gelaufen. Dann kam die Tsunami-Warnung. Wir sind auf das Dach des Centers geflohen. Schließlich sickerte die Nachricht durch, dass das Epizentrum des Bebens an der Spitze der Noto-Halbinsel lag, nahe bei Suzu, und dass die Stadt ziemlich zerstört sei. Auch mein Haus wurde beschädigt, es steht aber noch. Viele andere in der Straße haben den Erdstößen nicht standgehalten. Derzeit sind wir bei Verwandten in Kanazawa untergekommen.

Bei einem so großen Beben geht es erst einmal darum, sich in Sicherheit zu bringen. Doch ich dachte gleich auch an das AKW Shika,

60 Kilometer südwestlich von Suzu, ebenfalls an der Küste. Es durfte zwar seit Fukushima nicht mehr in Betrieb gehen, aber im Abklingbecken lagern sehr viele hochradioaktive Brennstäbe, und ich habe mich gefragt, ob da wohl alles in Ordnung ist.

Auch in Suzu selbst war jahrzehntelang ein AKW geplant. Von 1989 an war ich Vorsitzender einer Bürgerinitiative dagegen. Erst vor 20 Jahren hat der Betreiber die Pläne endgültig aufgegeben. Das Epizentrum des Erdbebens an Neujahr war ziemlich genau dort, wo dieses AKW gebaut werden sollte. Das hätte eine ganz große Katastrophe gegeben.

Unsere Bürgerinitiative wurde damals von sehr vielen Menschen unterstützt, nicht nur aus der Region. Gleich am 2. Januar, dem Tag nach dem Beben, habe ich Nachrichten von überall aus

Japan bekommen: Wie gut es sei, dass wir dieses AKW verhindert haben! Auch ich bin unendlich dankbar, dass ich daran mitwirken konnte.

Für unseren Erfolg damals waren zwei Dinge entscheidend: Erstens war die Mehrheit der Bürger\*innen vor Ort gegen das AKW. Um unser Nein deutlich zu machen, haben wir dafür geworben, etwa bei den Stadtratswahlen nur Kandidat\*innen zu wählen, die gegen das Kraftwerk waren. Zweitens haben viele Bürger\*innen am geplanten Standort des AKW Grundstücke erworben, so dass die Betreiber das Gelände nicht kaufen konnten.

Das AKW Shika allerdings konnten wir damals nicht verhindern. 1993 ging der erste Reaktor ans Netz, 2006 sogar noch ein zweiter, fast dreimal so groß. Seit Fukushima sind sie beide abgeschaltet. Der Betreiber will mindestens den jüngeren wieder in Betrieb nehmen. Das wollen wir verhindern. Deshalb haben wir die Klägergruppe „Wir fordern die Stilllegung des AKW Shika“ gebildet und führen einen Prozess. Zu unserer Gruppe gehören nicht nur Bürger\*innen aus der Region, sondern auch Gewerkschaftsaktivist\*innen, atomkritische Politiker\*innen und Menschen, die nach dem Super-GAU aus Fukushima geflohen sind. Wir beraten uns mit Rechtsanwälten, wie wir juristisch vorgehen. Vor allem aber veranstalten wir Gesprächsrunden. Möglichst viele sollen wissen, was in dem AKW passieren könnte und was wir dagegen tun.

Bei dem Beben am 1. Januar wurde das AKW beschädigt. Der Asphalt auf der Straße riss auf, Teile der Fassade lösten sich. Aus dem Abklingbecken mit den Brennelementen schwappte Wasser. Vor allem aber setzte ein simples Leck an einem kleinen Rohr den Haupttransformator außer Funktion. Damit war die reguläre Stromversorgung des Kraftwerks unterbrochen. Zum



## Fukushima mahnt!

13 Jahre nach dem Super-GAU in Fukushima sind alle Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet. Doch die Auseinandersetzung um Atomkraft ist noch nicht vorbei.

### Vortragsangebote online

- Di, 05.03. Mycle Schneider, World Nuclear Industry Status Report:  
**Reality-Check in Zeiten faktenfreier Debatte um Atompolitik**
- Mo, 11.03. N.N.  
**Aktuelle Situation in Fukushima**
- Di, 19.03. Julian Bothe, .ausgestrahlt:  
**Atomfabrik Lingen schließen – Einstieg von Rosatom verhindern**
- Mi, 10.04. Miriam Tornieporth & Helge Bauer, .ausgestrahlt:  
**Zwischenlager: Konzeptlos ins nächste Jahrhundert?**
- Mo, 15.04. Armin Simon, .ausgestrahlt:  
**Atomkraft? Nie wieder! – Wo stehen wir ein Jahr nach dem AKW-Aus?**
- Do, 25.04. Christoph Pistner, Öko-Institut: **Neue Reaktorkonzepte – Schein und Wirklichkeit**

Weitere Themen (Frankreich, EU, ...) in Vorbereitung.

Beginn jeweils 18:30 Uhr. Mehr Infos, Anmeldung, Mitschnitte und Downloads sowie weitere Termine unter

[ausgestrahlt.de/jahrestage](http://ausgestrahlt.de/jahrestage)

### Demonstrationen und Aktionen

- Sa, 09.03. **Hamburg**, Demonstration ab 13 Uhr vom Hauptbahnhof zum Rathaus
- Sa, 09.03. **Berlin**, Kazaguruma-Demo, Start 12 Uhr am Brandenburger Tor
- So, 10.03. **Neckarwestheim**, Kundgebung um 14 Uhr auf dem Parkplatz des AKW
- Di, 12.03. **Straßburg (F)**, Menschenkette um 12 Uhr vor dem EU-Parlament

Weitere Termine unter  
[ausgestrahlt.de/jahrestage](http://ausgestrahlt.de/jahrestage)

### Online-Ausstellung

Über die Folgen der beiden bisher größten Atomkatastrophen weltweit in Tschernobyl (1986) und in Fukushima (2011) informiert die Online-Version der .ausgestrahlt-Ausstellung „Fukushima, Tschernobyl und wir“, die ab März in einer aktualisierten Version zur Verfügung steht: [ausgestrahlt.de/virtuell/fukushima-tschernobyl-und-wir/](http://ausgestrahlt.de/virtuell/fukushima-tschernobyl-und-wir/)

Glück musste kein heißer Reaktorkern gekühlt werden.

Schon 1999 gab es in Shika einen Beinahe-Unfall. Bei einem Test sind damals Steuerstäbe aus dem Kern gerutscht, der Reaktor wurde unbeabsichtigt kritisch. Acht Jahre lang hat der Betreiber das vertuscht! Wir sind deshalb misstrauisch, ob wir diesmal schon die ganze Wahrheit erfahren haben.

Angeblich konnte nach dem Trafo-Ausfall ersatzweise eine weitere Stromleitung genutzt werden. Aber dass die nicht auch beschädigt wurde, war pures Glück. Wäre der Reaktor in Betrieb gewesen, hätte es dort zu einer verheerenden Katastrophe kommen können – wie in Fukushima! Nur dass hier wegen der zerstörten und durch Erdbeben gesperrten Straßen niemand hätte fliehen können. Wir wären alle gefangen gewesen.

Und noch etwas macht uns Sorge: Seit etwa drei Jahren haben wir hier vermehrt stärkere Erdbeben. Die ganze Inselgruppe Japans ist erdbebengefährdet, auch die Halbinsel Noto ist von Verwerfungen durchzogen. Dieses Mal ist die ganze Stadt Suzu zerstört worden, die unterirdische Aktivität scheint also größer geworden zu sein. Und wir wissen nie, ob dieses Beben nun das letzte der Serie war oder möglicherweise nur den Impuls gegeben hat für weitere.

Gleich nach Fukushima war auch bei uns in Japan die Anti-Atom-Bewegung groß. Alle 54 AKW wurden damals abgeschaltet, trotzdem hatten wir immer Strom. Bis heute sind nur 12 Reaktoren wieder in Betrieb gegangen. Langsam aber vergessen und verdrängen viele den Schock. Sie wissen zwar irgendwo, dass Atomkraft gefährlich ist. Aber sie haben nicht so viel Kraft, dagegen zu protestieren. Und weil es keine großen Proteste gibt, kommt die atomkritische Haltung bei der Politik nicht an.

Hinzu kommt, dass seit dem russischen Angriff auf die Ukraine die Strompreise gestiegen

sind. Deshalb denken jetzt viele, es sei doch unvermeidlich, die AKW wieder hochzufahren. Nach Fukushima wollte die Regierung den Anteil der Atomkraft am Energiemix verringern. Jetzt will sie nach und nach alle verbliebenen AKW – 24 der 54 Reaktoren sind zerstört oder endgültig stillgelegt – wieder hochfahren und sogar neue Reaktoren bauen. Deshalb tut sie auch so, als ob in Fukushima inzwischen alles wieder so wie früher sei, und investiert viel Geld dafür. Die Strahlungswerte seien so niedrig, dass es total unbedenklich sei, dort zu leben, verkündet sie. Aber das ist irreführend. Wenn man Häuser und Straßen

mit Hochdruckreinigern abspritzt, sind die Strahlungswerte dort zwar kurzzeitig niedriger. Aber auf Feldern, in den Bergen und Wäldern kann man das nicht machen. Und wer dort lebt,

bleibt ja nicht nur im Haus. Jeder Wind bringt zudem wieder radioaktiven Staub zurück. Das wird nicht gemessen und nicht kommuniziert. Wer dort wohnt, muss mit dieser Angst leben.

Deshalb ist auch 13 Jahre nach der Atomkatastrophe nur ein Bruchteil der ursprünglichen Bevölkerung nach Fukushima zurückgekehrt. Vor allem Jüngere denken nicht daran, dort wieder hinzuziehen. In unserer Klägergruppe gibt es auch Leute, die vor dem Super-GAU dort gewohnt haben. Manchmal fahren sie zurück und erzählen in unseren Veranstaltungen ihre Geschichten. Oder wir laden Aktivist\*innen aus der Gegend dort ein.

Unser Ziel bleibt, den Betreiber zur Stilllegung des AKW Shika zu zwingen. Jetzt, nach dem Erdbeben, werden wir unsere Aktionen erst recht fortsetzen. Wir sollten eine Lehre aus dem Beben ziehen. Atomkraft in Japan muss nochmal überdacht werden, die Anti-Atom-Bewegung muss wieder stärker werden. Denn Erdbeben können hier überall passieren. So einen Unfall wie in Fukushima dürfen wir nie wieder zulassen. *Protokoll: Armin Simon, Übersetzung: Yu Kajikawa (Sayonara Nukes Berlin)*

**„Wäre der Reaktor in Betrieb gewesen, hätte es zu einer verheerenden Katastrophe kommen können.“**



# Schneller in die Sackgasse?

**Hintergrund | Wollen die zuständigen Behörden die Standortsuche für ein tiefengeologisches Atommüll-Lager abkürzen? Aussagen auf dem Zweiten Forum Endlagerung lassen aufhorchen**

Es sind deutliche Töne, die auf dem Zweiten Forum Endlagerung, das im November 2023 in Halle an der Saale stattfindet, angeschlagen werden. Die Bundesumweltministerin fordert in ihrem Grußwort, „das Suchverfahren stringenter zu gestalten“ und einen „ehrlichen Umgang mit unseren Wissenslücken“. Denn, so Steffi Lemke weiter: „Wir können nicht halb Deutschland erkunden.“ Und der scheidende Chef des BASE, Wolfram König, fordert gar die „Vorbereitung notwendiger gesetzlicher Änderungen zur Beschleunigung“.

Wollen sich die Hüter\*innen des Gesetzes zur Standortsuche von dessen zentralen Grundprinzipien verabschieden, nicht mehr nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit suchen, sondern nur noch nach irgendeinem geeigneten Ort? Das Standortauswahlgesetz (StandAG) fordert in § 1 ein partizipatives, wissenschaftsbasiertes, transparentes, selbsthinterfragendes und lernendes Verfahren. Das kann zwar bedeuten, dass man sich entscheidet, Prozesse zu vereinfachen und damit zu beschleunigen – jedoch nur, wenn die anderen Prinzipien dabei nicht unter den Tisch fallen. Lösungsansätze dafür nennt Lemke an diesem Tag nicht. Dennoch fällt ihre Aussage auf fruchtbaren Boden und bestimmt weite Teile der Diskussionen im Forum und in den Medien bis heute.

## Standortfindung bis 2031 war nie realistisch

Ein Jahr zuvor hatte die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) bekanntgegeben, dass der im StandAG als Ziel ausgegebene Zeitplan nicht einzuhalten sei. Statt bis 2031 werde es

mindestens bis 2046 dauern, bis der „Endlager“-Standort feststehe. Den meisten Mitgliedern der Endlagerkommission war das schon 2016 bewusst. Doch der Druck war groß. Es folgte ein ständiger Spagat zwischen dem Wunsch nach einem Verfahren, das wissenschaftlichen Kriterien standhält und die Öffentlichkeit ernsthaft beteiligt, und der Ungeduld verschiedener Interessengruppen.

Das führte schnell auch zum Konflikt zwischen BGE und BASE, öffentlich geworden beim ersten „Zwischenbericht Teilgebiete“ von September 2020. Das Suchverfahren war zu diesem Zeitpunkt längst nicht so weit wie geplant. Das BASE drängte dennoch darauf, den Termin für die Veröffentlichung einzuhalten. Das Ergebnis ist ein Bericht, der weniger als die Hälfte des Landes als „Endlager“-Standort ausschließt und damit letztlich nichtssagend ist.

Das zeigt: Unter allzu großem Zeitdruck mit Abstrichen bei Wissenschaftlichkeit und Partizipation leidet die Qualität. Wenn es um den Standort für ein möglichst sicheres Atommüll-Lager geht, kann das fatale Folgen für Mensch und Umwelt haben. Vor allem aber steht die Akzeptanz der Bevölkerung für den schließlich ausgewählten Standort auf dem Spiel. Dass nun ausgerechnet König und Lemke das Verfahren abkürzen wollen, ist daher überraschend – denn ohne gravierende Einschränkungen wird das kaum möglich sein.

## Was ist unsere Verantwortung?

Die Argumente der Befürworter\*innen einer Abkürzung des Suchverfahrens greifen dabei oft zu kurz:

1. *„Der Atommüll ist in bewegten Zeiten in den Zwischenlagern nicht sicher, nur eine tiefengeologische Lagerung bietet ausreichend Schutz.“*

Es stimmt, wir leben in unsicherer werdenden Zeiten. Die Angst vor Terror und Krieg treibt auch hierzulande viele Menschen um. Das Beispiel Gorleben zeigt aber, dass es sich auf lange Sicht nicht lohnt, Tempo auf Kosten der Sicherheit zu priorisieren. Umso wichtiger ist es, jetzt ein Konzept für eine möglichst sichere Zwischenlagerung des Atommülls zu entwickeln und zügig umzusetzen.

2. *„Die Lösung für den Umgang mit dem strahlenden Erbe können wir nicht künftigen Generationen aufbürden.“*

Ja, wir sind verantwortlich für den Müll. Wir können nicht die Hände in den Schoß legen und erwarten, dass unsere Nachfahren es schon richten werden. Unsere Verantwortung besteht aber darin, jetzt den Weg zu einer möglichst sicheren Lagerung einzuschlagen. Eine zweite Zeitbombe wie die Asse zu schaffen, wäre gerade kein Zeichen von Verantwortung und Generationengerechtigkeit.

Wir brauchen keine populistischen Debatten darüber, wie wir die Zwischenlager schnell leeren, um endlich unsere Ruhe zu haben. Wir brauchen nicht irgendeinen Standort – sondern den sichersten, den wir in Deutschland finden können. Dieser Prozess braucht Zeit. Nur wenn wir das Verfahren am Ziel der größtmöglichen Sicherheit ausrichten, können wir unseren Kindern später sagen, dass wir die volle Verantwortung übernommen haben – auch wenn sie es sind, die die letzten Schritte gehen müssen.

Anna Stender

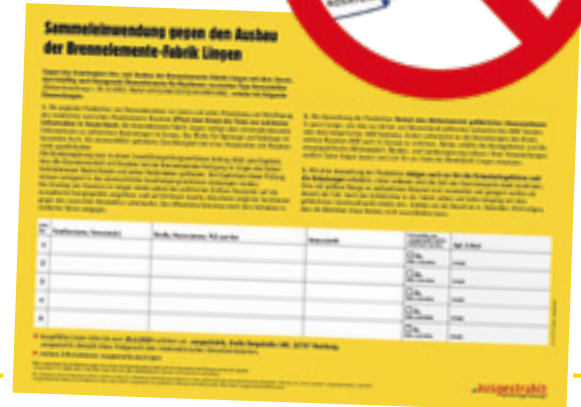


# Atomfabrik schließen. Keine Geschäfte mit Rosatom!



## .ausgestrahlt-Shop

Da Engagement gegen Atomkraft keine Frage des Geldbeutels sein soll, ist das gesamte Sortiment des .ausgestrahlt-Shops kostenlos erhältlich. .ausgestrahlt übernimmt sogar Deine Versandkosten. Wir freuen uns, wenn Du die Herstellung des Materials mit einer solidarischen Spende unterstützen kannst. Bestellung nur online – da gibt's auch das volle Sortiment zu sehen: [ausgestrahlt.de/shop](http://ausgestrahlt.de/shop)



## ATOMFABRIK LINGEN SCHLIEßEN

### Unterschriftenliste

„Atomfabrik Lingen: Kein Deal mit Rosatom“

Mit Platz für 12 Unterschriften

A4, doppelseitig – M-320-01



### Hintergrund-Info „Atomfabrik Lingen“

Fragen und Antworten zum geplanten Ausbau der Brennelementefabrik Lingen unter Beteiligung des russischen Staatskonzerns Rosatom

A5, vierseitig – M-320-02



### NEU: Sammeleinwendung

gegen den Ausbau der Brennelemente-Fabrik Lingen

Sammeleinwendung gegen den beantragten Um- und Ausbau der Brennelemente-Fabrik Lingen und den Einstieg des russischen Staatskonzerns Rosatom. Mit Platz für 5 Unterzeichner\*innen.

A4, einseitig – M-320-04

➔ Ausgefüllte Listen bitte bis **20. Februar 2024** schicken an:

.ausgestrahlt, Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg

## ATOMMÜLL

### NEU: Aufkleber „Atommüll-Transporte stoppen“

Wetterfest, 20,5 x 5,8 cm – M-302-58



### Plakat „Atommüll-Transporte stoppen“

A3, einseitig – M-302-55



### Transparent „Kein Atommüll von Jülich nach Ahaus!“

Wetterfest, mit Tunneln an den Seiten zum Einstecken von Stäben und Ösen in den vier Ecken.

300 x 60 cm – M-302-56



### Flyer „Jahrhundert-Lager“

Aus Zwischenlagern werden Langzeitlager. Die Zwischenlagerung des hochradioaktiven Atommülls wird sehr viel länger dauern als ursprünglich behauptet. Überarbeitete Neuauflage.

DIN lang, achtseitig – M-302-42



## KLIMA UND ATOM

### Broschüre „Irrweg in der Klimakrise“

Warum Atomkraft keine Antwort auf den Klimawandel ist.

A6, 40 Seiten – V-309-04



### Flyer „Atomkraft ist kein Klimaretter“

Warum Atomkraft keine Antwort auf den Klimawandel ist.

DIN lang, zweiseitig – M-309-19



### Aufkleber „Weg mit Kohle, Gas, Atom – Erneuerbar ist unser Strom!“

Wetterfest, 8 x 10 cm – V-309-03

### Transparent „Stoppt Fossile UND Atom – ERNEUERBAR ist unser Strom!“

Wetterfest, mit Tunneln zum Einstecken

von Stäben an den Seiten und Ösen in den vier Ecken.

250 x 70 cm – V-309-01



## .ausgestrahlt

### Flyer „ausgestrahlt braucht Deine Unterstützung“

Du willst Freund\*innen und Bekannte dafür gewinnen, .ausgestrahlt finanziell zu unterstützen? Dieses Falblatt liefert gute Argumente! Aktualisierte Neuauflage.

DIN lang, sechsseitig – M-222-01



### NEU: .ausgestrahlt-Magazin Nr. 60

Zum Auslegen und Verteilen.

A4, 24 Seiten – M-121-60



! Wenn Du für eine Aktion größere Mengen benötigst, wende Dich bitte an [shop@ausgestrahlt.de](mailto:shop@ausgestrahlt.de)



Demo in Ahaus am 14. Januar



Foto: Lars Hoff



Foto: Hubert Perschke

Mahnwache vor dem Forschungszentrum Jülich

## Protest gegen Castor-Transporte nach Ahaus

Bei Protestaktionen entlang der Transportstrecke demonstrieren Hunderte Anti-Atom-Aktive am 15. Oktober gegen die geplante Verschiebung von 152 Castoren mit hochradioaktiven Brennelementkugeln von Jülich nach Ahaus. Auch die zwei Probetransporte im November werden von Protesten begleitet; Atomkraftgegner\*innen decken dabei auf, dass einer der Tieflader in einer Kleeblatt-Kurve steckenbleibt. Am 14. Januar demonstrieren erneut Hunderte Atomkraftgegner\*innen und 50 Landwirt\*innen mit Traktoren in Ahaus. .ausgestrahlt hat mit zu den Protesten aufgerufen und unterstützt diese mit Bannern, Plakaten, Pressearbeit und Hintergrundgesprächen. Von NRW-Atomaufseherin Mona Neubaur (Grüne) verlangt .ausgestrahlt, die Räumungsverfügung für das derzeitige Castor-Lager in Jülich endlich aufzuheben: Die Erdbebensicherheit der Halle ist inzwischen nachgewiesen, der Grund für die geplanten Transporte damit entfallen.

Seite 16/17 sowie [ausgestrahlt.de/west-castor](http://ausgestrahlt.de/west-castor)

## AKW Stade 20 Jahre aus

Am 14. November 2003 geht das AKW Stade als erster Reaktor nach dem politischen Beschluss zum Atomausstieg vom Netz. Zum 20. Jahrestag erinnert .ausgestrahlt an den Erfolg der Anti-Atom-Bewegung, die nicht nur die Abschaltung der 18 weiteren Reaktoren durchgesetzt, sondern zugleich den weltweiten Siegeszug der erneuerbaren Energien maßgeblich mit losgetreten hat.

## Aus für Atommüll-Zentrum Würzgassen

Nach jahrelangem Widerstand kippt Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) am 12. Dezember den geplanten Bau eines gigantischen Atommüll-Logistikzentrums in Würzgassen. .ausgestrahlt hat das Vorhaben, das Mängel des geplanten Atommüll-Lager „Schacht Konrad“ in Salzgitter kaschieren sollte, von Anfang an kritisiert und den Protest dagegen über Jahre mit Rat und Tat sowie öffentlichkeitswirksamen Aktionen unterstützt.

Seite 14/15



Foto: Jannis Grosse

Projektionsaktion im Juli 2021



## „Alles was strahlt ...“

Nachwuchsforscher\*innen, Studierende und junge Aktivist\*innen diskutieren bei einem Workshop des Atommüllreport am 28. Oktober an der FU Berlin über Atomkraft und ihre Folgen, unter anderem mit .ausgestrahlt-Campaigner Julian Bothe.

[atommuellreport.de](http://atommuellreport.de)

## Schülerwettbewerbe zu Atomkraft

Zahlreiche Schüler\*innen suchen bei .ausgestrahlt kritische Informationen zum Thema Atomkraft. Besonders viele sind es im Herbst, Anlass sind Schülerwettbewerbe der Bundeszentrale für politische Bildung und der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). In kurzfristig organisierten Online-Veranstaltungen stellt sich .ausgestrahlt direkt den Schüler\*innen-Fragen.

## Schacht Konrad und kein Ende

Zweieinhalb Jahre schon liegt der Antrag auf Rücknahme bzw. Widerruf der Genehmigung des Atommüll-Lagers „Schacht Konrad“ beim niedersächsischen Umweltministerium. Im Dezember macht ein breites Bündnis, darunter .ausgestrahlt, mit einem virtuellen Adventskalender und Aktionen Druck, ihn endlich zu bescheiden. Beim Laternenumzug um „Schacht Konrad“ zum Auftakt am 1. Dezember fordert .ausgestrahlt-Rednerin Miriam Tornieporth, auch für die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle in einem vergleichenden und transparenten Verfahren nach einem Standort zu suchen, an dem sie möglichst sicher tiefengeologisch gelagert werden können. Am 6. Dezember mahnt ein Nikolaus die Atomaufsicht in Hannover, „den Sack zuzumachen“. Kurz vor Weihnachten kündigt Umweltminister Christian Meyer (Grüne) schließlich an, den Antrag abzulehnen. .ausgestrahlt kritisiert, dass die Politik wider jede Vernunft an „Schacht Konrad“ festhält. Nach heutigen Sicherheitsstandards würde die ehemalige Eisenerzgrube niemals als Atommüll-Lager genehmigt werden. Der Protest geht weiter.

Seite 14/15



Foto: Miriam Tornieporth



Demonstration am 20. Januar in Lingen

## Ausbau der Brennelementefabrik und Einstieg von Rosatom verhindern

Ein halbes Dutzend Putin-Doubles rollt am 20. Januar „Rosatom“-Fässer vor das Tor der Brennelementefabrik Lingen und stapelt sie zu einer Atomrakete. Die Protest-Performance von .ausgestrahlt wirft ein Schlaglicht auf die zivilen und militärischen Aktivitäten des russischen Staatskonzerns Rosatom, der in die Brennelementefertigung in Lingen einsteigen will. Gut 100 Atomkraftgegner\*innen demonstrieren dagegen vor dem Fabriktor. .ausgestrahlt hat aufgedeckt, dass selbst die Bundesregierung in der Zusammenarbeit mit dem Konzern, der direkt dem Kreml unterstellt ist, erhebliche sicherheitspolitische Gefahren sieht. Ein für .ausgestrahlt erstelltes Faktenblatt zeigt auf, wie Rosatom direkt und indirekt am Krieg gegen die Ukraine beteiligt ist. Autor ist der Träger des Alternativen Nobelpreises und Co-Vorsitzende der russischen Umweltorganisation Eco-defense!, Wladimir Sliwjak.

Foto: Lars Hoff

Seit dem 4. Januar liegen die Unterlagen für den beantragten Ausbau der Lingener Atomfabrik öffentlich aus. In einer gut besuchten Pressekonferenz in Hannover fordert .ausgestrahlt am 17. Januar gemeinsam mit anderen Anti-Atom-Initiativen einen Abbruch des Genehmigungsverfahrens: Denn zu den außen- und sicherheitspolitischen Risiken des Vorhabens findet sich in den Unterlagen kein einziges Wort. Insbesondere die brisanten Erkenntnisse der Bundesregierung müssen aber offengelegt und im Verfahren berücksichtigt werden. Eine Sammeleinwendung gegen das Vorhaben liegt diesem Heft bei.

Seite 12/13 sowie

[ausgestrahlt.de/keine-geschaefte-mit-rosatom](http://ausgestrahlt.de/keine-geschaefte-mit-rosatom)

## Uranexporte nach Russland stoppen

Zusätzlich zu ihren regelmäßigen Importen von Uran aus Russland will die Brennelementefabrik Lingen nun auch angereicherten Uranbrennstoff nach Russland exportieren. Empfänger ist ein Tochterunternehmen des russischen Staatskonzerns Rosatom, der auch Atom-U-Boote und Atomwaffen baut, versorgt und wartet. Da eine militärische Verwendung des Urans nicht ausgeschlossen ist, verstößt der Export gegen Sanktionen, welche die EU nach der russischen Annexion der Krim 2014 erlassen hat. .ausgestrahlt fordert gemeinsam mit anderen Anti-Atom-Initiativen die Bundesregierung auf, die Exportgenehmigung zu verweigern und die fortdauernde Kollaboration der Lingener Atomfabrik mit Rosatom zu unterbinden.

[ausgestrahlt.de/presse/uebersicht/geplante-uranexporte-von-lingen-nach-russland-vers/](http://ausgestrahlt.de/presse/uebersicht/geplante-uranexporte-von-lingen-nach-russland-vers/)





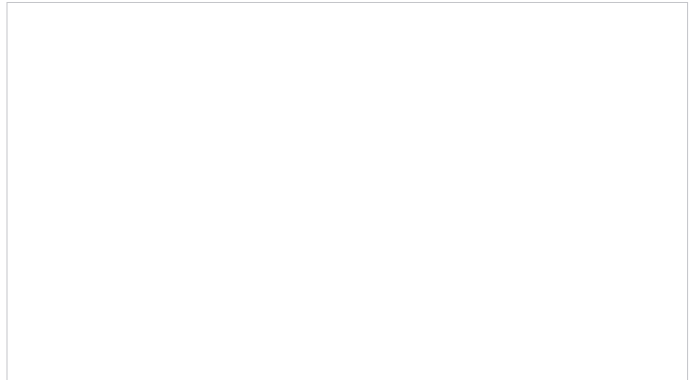
*„Ich unterstütze .ausgestrahl, denn fundierte Analysen, gute Materialien und Kampagnen*



Foto: privat

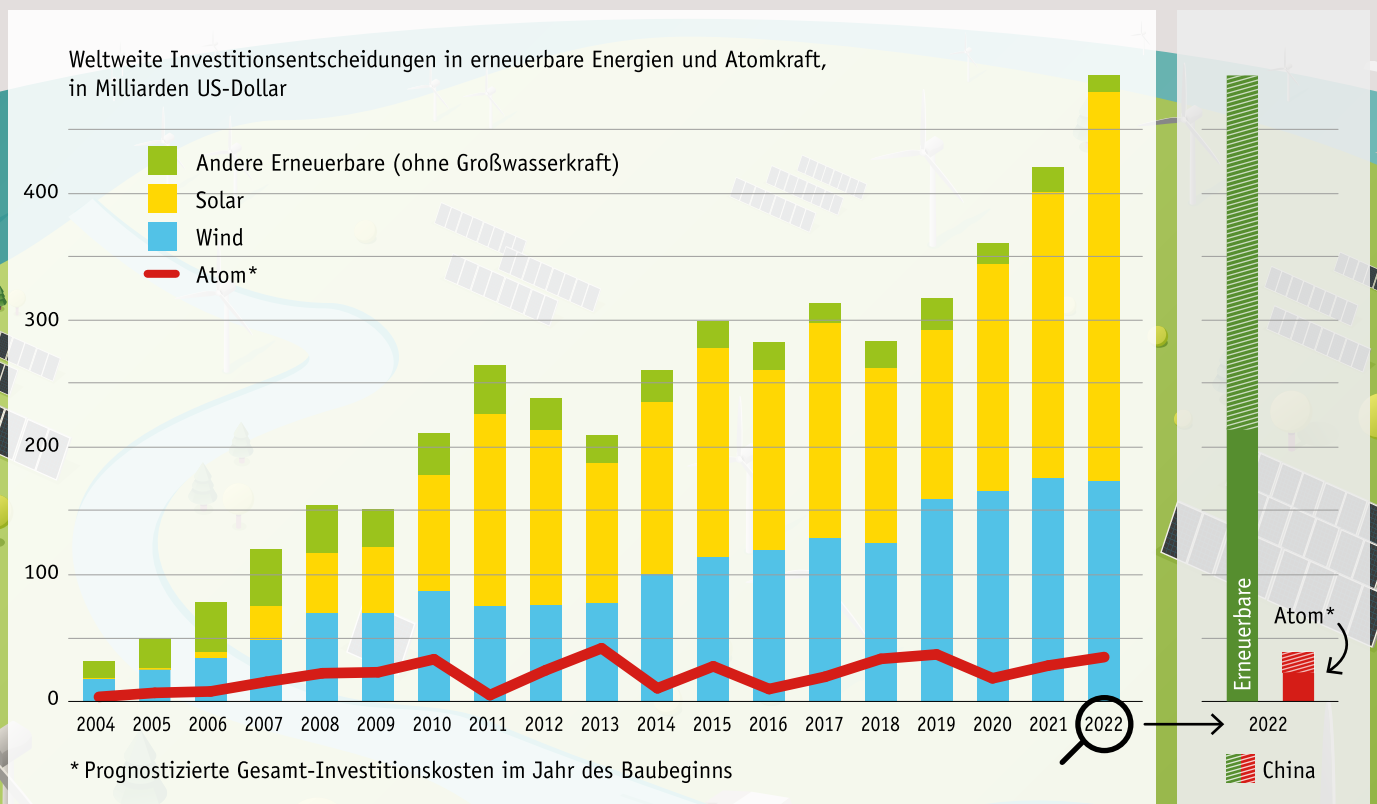
*unterstützen unser Engagement im Dreiländereck gegen die französischen Pannenreaktoren und das Endlagerprojekt Bure, das europäische Dimension hat.“*

Markus Pflüger, Trier



# Atomkraft auf dem Abstellgleis

**Infografik** | Verglichen mit den Investitionen in erneuerbare Energien spielt Atomkraft nur eine marginale Rolle. Auch in dem Land, das als einziges noch nennenswert Atomkraftwerke baut: China



## **.ausgestrahl fordert:**

- Scheindiskussionen um Rolle der Atomkraft beenden
- Keine öffentlichen Gelder für Atomkraft verschwenden
- Volle Kraft voraus für 100% erneuerbare Energien